

JUNI 2004

bliz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

58. (73.) JAHRGANG

STANDPUNKT

**Coole Schnäppchen-
Republik**

SEITE 3

TITEL

**Chancengleichheit
und Elite**

SEITE 6

SCHWERPUNKT

**Schulbibliotheken
im Abseits**

SEITE 10

HOCHSCHULE

**Der Geist von Tarif-
verträgen**

SEITE 18

GLOSSE

**Das Methoden-
kasperle**

SEITE 31

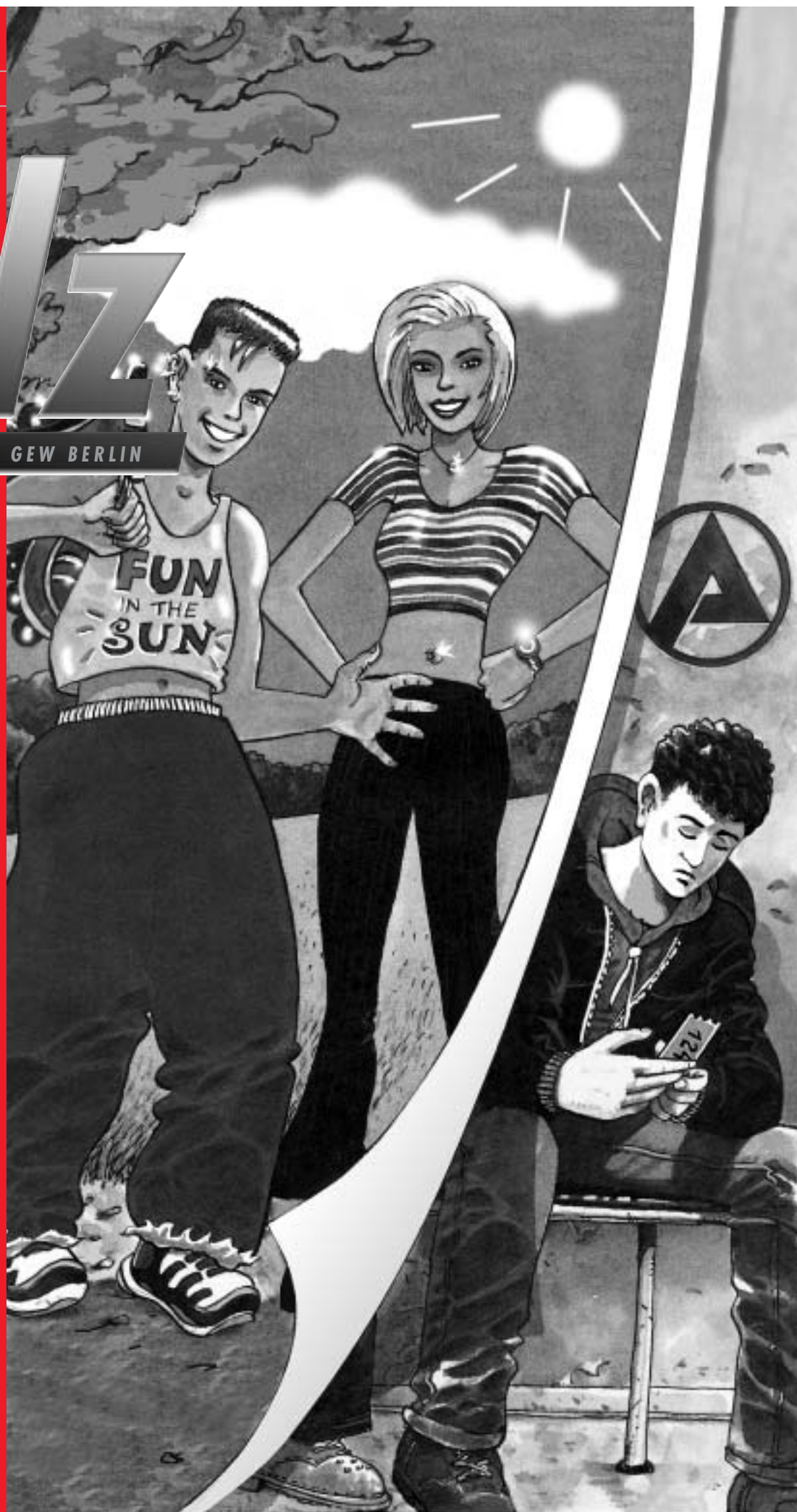




ILLUSTRATION: TONN

ÜBRIGENS

Gesundes Klima geht von der Redaktion aus. Es waren wieder alle auf der letzten Sitzung dabei. Das hat uns endlich einmal wieder zur Kampfabstimmung motiviert: Es ging um den die „Schnäppchen Republik“ im Standpunkt. Nach 32 Minuten kontroverser Diskussion stand es 5:4 pro Abdruck bei zwei Enthaltungen. Selbstverständlich kann man arbeitslosen Sozialhilfepfängern nicht vorwerfen, dass.... Aber ein Teil unserer Mitglieder ist ja dank der GEWerschaft noch anders tarifiert. Wir erwarten eine stürmische LeserInnenreaktion.

Eliten und Chancengleichheit im Titelinterview mit Michael Hartmann: das passt zu dieser Kontroverse. Auch wenn grundsätzlich jedem der Weg nach „oben“ offen steht... fehlt der politische Wille, das Geld bei denen zu holen, die es haben.

Was gibt es noch? Aufgrund der frühen Sommerferien werden einige Mitglieder die geliebte Juli-blz nicht mit an den Badestrand nehmen können. Sie ist nämlich erst am 10. Juli im Briefkasten. *pit*

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:

Pit Rulff (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 9346, Fax. 49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:

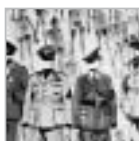
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:

bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:

Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 6, 10587 Berlin
ISSN 0944-3207 6/2004: 23.000



INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig |

TITEL

6 Chancengleichheit und Elite Interview mit M. Hartmann

SCHWERPUNKT

10 Schulbibliotheken im Abseits Klaus Will
12 OSZ-Bibliotheken funken SOS Ingeborg Kodalle-Masson
14 Die neue Schulbibliothek Ken Nein

GEWERKSCHAFT

16 Zukunftsdialog Bildung 2015 Pit Rulff
17 Nägel mit Köpfen Hartmut Schurig

HOCHSCHULE

18 Der Geist von Tarifverträgen –
Tarifverträge mit Geist Rainer Hansel

SOZIALPÄDAGOGIK

20 Bildung als unerreichbares Gut Monika Schalla

SCHULE

22 Vergleichsarbeiten Thomas Isensee
23 Schnellschuss Ganztagsgrundschule Bärbel Jung
24 Hilfe! Unsere Schule verdreckt! Manfred Triebe
26 Zu Fuß zur Schule und zum
Kindergarten – na klar! AK Mobilitätserziehung
27 Möglichkeit der Vorsorge Gerhard Schiller

TENDENZEN

28 Kategorisierung von Jugendlichen R. Pomian/U. Thöne
29 Bombenkriegsübung vor den Toren Berlins E. Dunkhase/C. Meyer
30 25 Jahre schwule Lehrergruppe Detlef Mücke

GLOSSE

31 Das Methodenkasparle Gabriele Frydrych

SERVICE

32 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

LEUTE

Detlef Mücke ist der diesjährige Preisträger des von den Lesben und Schwulen in der Berliner SPD (Schwusos) verliehenen „Magnus-Hirschfeld-Preises“. Der Preis wird vergeben an Personen und Verbände, die sich für den Abbau von Vorurteilen und für die Emanzipation von Homosexuellen eingesetzt haben. Er erinnert an den Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld, der sich in Kaiserzeit und Weimarer Republik für die Abschaffung des Paragraphen 175 einsetzte. Mücke ist Mitbegründer der AG Homosexuelle Lehrer in der GEW. Die Festrede bei der Preisverleihung am 14. Mai hielt Klaus-Uwe Benneter.

Jörg Ramseger ist sauer auf die *Tagesspiegel*-Redakteurin Susanne Vieth-Entus: Sie habe seine Aussage zu den Verlässlichen Halbtagsgrundschulen völlig falsch wiedergegeben. Er habe davon gesprochen, dass es an einigen VH-G-Schulen Lehrer gäbe, die sich nicht für die nachunterrichtliche Betreuung zuständig fühlten, weil dies bislang auch nicht zu ihrem Aufgabenfeld gehört habe. Daraus wurde im *Tagesspiegel* „die Lehrer“ der VGH-Schulen fühlten sich nicht zuständig, also alle. Der FU-Professor war mit der wissenschaftlichen Begleitung des Schulversuchs beauftragt gewesen und hatte auf einer Pressekonferenz seinen Abschlussbericht vorgestellt.

Gabriele Mittag ist Pressesprecherin des Labyrinth Kindermuseums Berlin und hat den „PR Newcomer-Preis“ der Zeitschrift „PR Report“ erhalten. Bei der Preisverleihung im Hotel Grand Hyatt wurde hervor gehoben, die promovierte Literaturwissenschaftlerin und langjährige Journalistin habe es mit ihrer intensiven Pressearbeit geschafft, dass umfassend über das Kindermuseum berichtet wurde. Wir gratulieren!

Johannes Beck ist in den Ruhestand gegangen. Der Autor des Buches „Lernen in der Klassenschule“ und Mitherausgeber des leider nach einigen Jahren eingestellten „Jahrbuchs für Lehrer“ und einer Reihe weiterer Bücher hat die linke oder antiautoritäre Pädagogik wesentlich mit geprägt. Als Mitbegründer der „Freinet-Pädagogik-Kooperative“ und der „Reisen der Hochschule“ hat er auch außeruniversitäre Orte für Bildungsprozesse geschaffen. Wir wünschen einen geruh-samen Ruhestand, aber auch weiterhin frohes Schaffen!



FOTO: BLEIFREI/SIMORA

Unsere geizig-geile Schnäppchen-Republik

Alles immer noch billiger hat einen zu hohen Preis.

von Andreas Hamann, Journalist und Gesellschafter der Berliner Medienagentur „bleifrei“

Die „Mutter aller Schnäppchen“ ist kurz vor der Urne noch zur Freiheitskämpferin geworden. Ihr Rambo-Sohn mit dem Cowboy-Hut scheint gerade von der Frontbelustigung im Irak zurück zu sein. Gleich darauf im nächsten Spot der ewig-braune Dieter Bohlen und der brüllige Spruch „Es lebe billig!“ Unsere Schnäppchen-Republik guckt Fernsehen...

Wir wollen alles, und das sofort: Niedrige Preise bei Elektronik, Lebensmitteln, Kleidung und Reisen erscheinen uns noch überhöht. Das 25-Cent-Brot aus dem Plus-Laden hilft uns, den 2,99-Euro-Flug nach Budapest zu finanzieren. Den Stadtplan schauen wir uns dann im Licht der in China hergestellten, modernen 3,95-Leuchte von Ikea an. Wir wollen billig und Beratung, wir wollen günstig und Geschmack, wir wollen Superangebote und Sicherheit. Und die Armut in den Entwicklungsländern finden wir auch ganz schrecklich. Sie fühlen sich nicht angesprochen, gehören zur exotischen Minderheit der Nicht-Schnäppchen-Jäger? Mal sehen, wann wir uns das nächste Mal bei Aldi oder Lidl treffen...

Ganz im Ernst: Für Millionen Menschen ist die Suche nach günstigen Angeboten zu einer existenziellen Frage geworden. Erwerbslose und Beschäftigte aus dem Niedriglohn-Sektor, der stetig wächst, gehen selten in Edelboutiquen oder Schlemmerparadiese. Sie sind keine Schnäppchen-Jäger, sondern Überlebenskünstler.

Armut und Arbeit schließen sich in dieser reichen Republik längst nicht mehr aus. Nach zwei Jahrzehnten Sozialabbau ist die Kaufkraft ziemlich am Boden. Darüber hinaus hat sich das Ausgabeverhalten stark verändert: Entfielen 1991 rund 42,5 Prozent des privaten Konsums auf den klassischen Einzelhandel, sind es heute knapp unter 30 Prozent. Die Umsatzflaute hat heftige Folgen. Eine davon ist der Billigst-Boom, an dem sich selbst Warenhäuser (Karstadt: „Rui-

nieren Sie uns!“) und Fachgeschäfte selbstmörderisch beteiligen. In Dauer-Rabattschlachten werden riesige Werte und viele Arbeitsplätze vernichtet.

Preiskriege sind nichts völlig Neues. Handelskonzerne haben sie immer wieder angezettelt, um sich selbst das beste Stück am Umsatzkuchen zu sichern. Doch als 2001 das Rabattgesetz fiel, schlug endgültig die Stunde der entfesselten Schnäppchen-Republik. Die Medien übertrumpften sich in Rabatt-Tipps. Die Unternehmen machten mit und tappten in die Falle. Dort sitzen sie bis heute, weil viele Kunden erst mal allen Preisen misstrauen.

Selbst Leute, die sich Vieles leisten können, haben immer öfter das Prozentzeichen im Blick. Besonders billig gilt als besonders cool. Welcher echte Schnäppchen-Jäger fragt da noch, wie es um Schutz, Bezahlung und Arbeitszeit der Beschäftigten steht? Wen interessiert es, wie Zulieferbetriebe und Bauern von Handelsriesen erpresst werden? Wer überlegt sich, wie es um die sozialen Standards in der weltweiten Textilproduktion bestellt ist?

Alles immer noch billiger hat einen Azu hohen Preis. Wem das egal ist, der sollte sich auch nicht wundern, dass die Einkaufsstraße am Wohnort „plötzlich“ nur noch aus 1-Euro-Läden, Telefonshops und Imbissbuden besteht, während sich die schnuckeligen Fachgeschäfte längst in die Pleite verabschiedet haben. Noch anders gesagt: Wer für 19,99 Euro nach Mailand fliegt und meint, solche Flüge seien dauerhaft sicher, irrt gewaltig.

Der Handel spielt völlig verrückt. Ein Spiel ohne Grenzen wird das nicht sein, wenn sich genügend Konsumenten auf ihre Macht besinnen. Gezieltes Einkaufen kann etwas bewirken. Selbst bei „billig“ gibt es Alternativen zu bestimmten Discount-Firmen, solange deren Erfolg auf Mega-Ausbeutung beruht. Man muss ja nicht immer gleich an Boykott denken. Manchmal schon... ■



Zum neuen Schuljahr startet die *Berliner Zeitung* wieder ihr Projekt „Jugend und Schule – Zeitung im Unterricht“: Ein Jahr erhalten Schulklassen kostenlos die Zeitung, können aber auch selbst aktiv werden und Beiträge schreiben. Für Lehrkräfte gibt es Einführungsseminare und Infomaterialien. Im letzten Schuljahr haben 800 Klassen an dem Projekt teilgenommen. Info und Anmeldung: www.berlinonline.de/berliner-zeitung/aktion-jugend-und-schule

FOTO: BERLINER ZEITUNG

Bildung ist keine Ware!

In Hamburg startet am 23. August das Volksbegehren gegen die Privatisierung der Berufsschulen. Damit wollen die InitiatorInnen die Überführung der Hamburger Berufsschulen in eine Stiftung verhindern, in der die Handelskammer, Verbände und Unternehmen einen entscheidenden Einfluss hätten. Das Volksbegehren hat eine bundesweite Bedeutung, denn auch Bremen plant inzwischen, Teile seiner Berufsschulen in eine GmbH umzuwandeln. Für das Volksbegehren müssen 60.000 Unterschriften gesammelt werden, das sind fünf Prozent der Wahlberechtigten.

Anwesenheitspflicht an Grundschulen

Bildungssenator Klaus Böger will Berlins Grundschullehrkräfte künftig bis 13 Uhr dienstverpflichten. Ob das auch heißt, dass Lehrkräfte nach 13 Uhr nicht mehr an den Schulen sein dürfen, wurde nicht mitgeteilt. Gegenwärtig sind auch ohne ausdrückliche Anweisung des Dienstherrn die meisten Lehrkräfte sehr viel länger als bis 13 Uhr anwesend. Und wie will Böger die Präsenzanzweisung gegenüber den Teilzeitlehrkräften durchsetzen?

Vielleicht hätte auch eine einfache Anweisung gereicht, dass Grundschüler

nicht vor 13 Uhr nach Hause geschickt werden dürfen. Dann hätten das die inzwischen selbstständigen Schulleitungen auch selbst organisieren können. Aber das ist dem Reserveoffizier Böger anscheinend zu lasch – und wohl auch nicht pressewirksam genug. Die vom *Tagesspiegel* konstatierte Rückenbedeckung dieser Maßnahme durch Jörg Ramsegers Erkenntnisse über die „Denkstruktur der Lehrer“ ist allerdings inzwischen von dem FU-Professor demontiert worden (siehe auch Seite 3). Ob Bundeskanzler Schröder sich dazu geäußert hat, dass seine „faulen Säcke“ (in diesem Fall allerdings eher Säckinnen) zumindest in der Hauptstadt endlich an die Kandare genommen werden, ist nicht überliefert.

Weiter aufstehen: Es wird diskutiert!

Nach der großen Demonstration am 3. April geht es weiter: Wenn diese *blz* erscheint hat der bundesweite Perspektivenkongress „Es geht auch anders“ von Attac, Gewerkschaften und zahlreichen Initiativen und Verbänden vom 14. bis 16. Mai in Berlin stattgefunden. Die Volksuni am 28./29. Mai in Berlin diskutierte zum Thema „Mehr Bildung wagen. Bildungskrise als Machtfrage“. Am 4. und 5. Juni gab es den vom Sozi-

alforum Berlin mit Unterstützung von GEW und Verdi initiierten stadtpolitische Kongress „Ein anderes Berlin ist nötig“. Und vom 25. bis 27. Juni geht es weiter in Frankfurt a.M. mit dem Kongress „Gesteuerte Demokratie. Wie neoliberale Eliten die Politik beeinflussen.“ Ziel all dieser Diskussionen: Welche Alternativen lassen sich der Markt- und Wettbewerbsideologie entgegensetzen und wie kann man die Menschen für diese Perspektiven gewinnen? Wie kann ein demokratisches solidarisches Zusammenleben aussehen?

Frauen werden mehr gemobbt als Männer

Der Mobbingbericht 2000 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin zeigt, dass Mobbing sehr verbreitet ist: 11 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland waren in ihrem Berufsleben mindestens einmal von Mobbing betroffen. Frauen sind um 75 Prozent höher einem Mobbing-Risiko ausgesetzt als Männer. Trotz des geringeren Anteils der Frauen an den Erwerbstätigen ist die Zahl der weiblichen Mobbing-Opfer höher als bei Männern: unter 100 aktuellen Fällen befinden sich 58 Frauen und 42 Männer. In 38 Prozent der Fälle mobben die Vorgesetzten allein. In weiteren 12 Prozent mit KollegInnen zusammen. Deutschland liegt mit einer Mobbing-Quote von 2,7 Prozent im Mittelfeld aller europäischen Staaten.

Neun Jahre gemeinsam zur Schule

Der Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen hat Anfang Mai ein Bildungskonzept verabschiedet, das unter anderem eine neunjährige gemeinsame Schule vorsieht und Noten erst in den höheren Jahrgängen. Außerdem sprach sich der Länderrat für eine Erneuerung der Lehrerbildung aus und für ein gebührenfreies Erststudium. Ausgerechnet die Jungstars in der Bundestags-Fraktion der Grünen, Anna Lührmann und Matthias Berninger, hatten sich für Studiengebühren eingesetzt.

Vergleichsarbeiten für Qualitätsverbesserung nutzen

Der Landeselternausschuss fordert, dass die Einzelergebnisse der Vergleichsarbeiten den Schülern und Eltern zur Verfügung gestellt werden müssten. In anonymisierter Form sollten die Gesamtergebnisse auch an die Schulgremien gegeben werden. „Wir sind überzeugt, dass es in Berlin viele

Lehrkräfte und Schulen geben wird, deren Klassen gute bis sehr gute Ergebnisse in den Vergleichsarbeiten erzielen werden. Die Leistungen dieser Lehrkräfte und Schulen werden im Zuge einer Partizipation anderen Schulen und Lehrkräften helfen, die Qualität des Unterrichts und der Bildung zu steigern“, sagte der Vorsitzende des Landeselternausschusses André Schindler.

Spitzenzeitung „Karlchen“

Die Schülerzeitung der Karlsgarten-Grundschule in Neukölln hat den zum ersten Mal verliehenen „Schülerzeitungspreis des Bundespräsidenten“ in der Kategorie Grundschulen gewonnen. Die 1997 gestartete Schülerzeitung „Karlchen“ verarbeite vielfältige jugendrelevante Themen und es mache Spaß, das Heft zu lesen, lobte die Jury die jungen Journalisten. Karlchen-Reporter Maximilian (11) arbeitete sogar bei der Preisverleihung: Er interviewte Tagesthemenmoderator Ulrich Wickert, der die Preisverleihung moderierte, berichtet die *Berliner Morgenpost*, die den Wettbewerb mit unterstützt. Bis zum 30. Oktober können sich Schülerzeitungen mit ihren Produkten für die nächste Wettbewerbs-Runde bewerben. Infos unter: www.schuelerzeitung.de

DGB traut Umfrage nicht

Als „durchsichtiges Ablenkungsmanöver“ bezeichnet Berlins DGB-Vize Bernd Rissmann die Kritik der Wirtschaft an der angeblich miserablen Schulbildung der Ausbildungsbewerber. Damit werde nur versucht, die Ausbildungsplatzumlage infrage zu stellen. Die IHK Berlin hatte eine Umfrage veröffentlicht, wonach fast zwei Drittel der Betriebe mit der Qualifikation der Schulabgänger unzufrieden sind und deshalb nahezu jeder zehnte Ausbildungsplatz unbesetzt bleibt.

Volksbegehren gegen Kita-Kürzungen

Die „Elterninitiative „Schluss mit den Kürzungen im Kitabereich“ hat 26.000 Unterschriften gesammelt für die Beantragung eines Volksbegehrens. Da nur 25.000 Unterschriften notwendig waren, ist die erste Hürde geschafft. Jetzt prüft die Innenverwaltung die formale Zulässigkeit. Wie schon beim beantragten Volksbegehren der Initiative Bankenskandal könnte auch diese Initiative daran scheitern, dass die Berliner Verfassung Volksbegehren zum Haushalt

ausschließt. Beide Initiativen wollen aber nicht aufgeben und das Volksbegehren dann per Klage durchsetzen. Sollte das Volksbegehren zugelassen werden, müssten in der zweiten Runde zehn Prozent der wahlberechtigten Berliner zustimmen. Dazu wären dann 244.000 Unterschriften nötig.

Im Durchschnitt 39 Stunden

Die durchschnittliche tarifliche Arbeitszeit liegt in der EU bei 39 Stunden. Am meisten müssen die Beschäftigten in Griechenland arbeiten (40 Stunden), am wenigsten die Arbeiter und Angestellten in Frankreich mit lediglich 35,7 Wochenstunden. In Deutschland kommen die neuen Bundesländer mit 39 Wochenstunden nahe an den EU-Durchschnitt, während die alten Bundesländer mit 37,4 Stunden deutlich darunter liegen. Dies liege insbesondere an der niedrigen Wochenstundenzahl in der Industrie, wo vielerorts die 35-Stunden-Woche tariflich vereinbart ist, heißt es in einer Meldung des AOK-Magazins „Praxis Aktuell“.

Berufsschulen schließen sich zusammen

Zwecks gemeinsamer Interessenvertretung wollen einige LeiterInnen der berufsbildenden Schulen und Oberstufenzentren einen Verein gründen. Nach der zur Vereinsgründung eingereichten Satzung steht der Verband nicht in Konkurrenz zu den Lehrerverbänden und ist weder verbands- noch parteipolitisch gebunden. Gefördert werden soll unter anderem das Image der berufsbil-

denden Schulen und der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Schulen.

Spitzenunternehmen Grammophonia

Beim Wettbewerb des Instituts der deutschen Wirtschaft um das beste Juniorunternehmen hat die Schülerfirma „Grammophonia“ des Luise-Henriette-Gymnasiums in Tempelhof den ersten Platz in Berlin belegt. Als Landessieger werden sie die Hauptstadt beim Bundesentscheid im Juni in Köln vertreten, berichtet die *Berliner Morgenpost*. Die Geschäftsidee der Tempelhofer: Sie überspielen alte Langspielplatten auf CD – und zwar knisterfrei. Mit einfachem Cover kostet eine solche CD 7 Euro mit Originalcover 7 Euro. Laut *Morgenpost* läuft das Geschäft sehr gut.

Hertha neuer Partner von Schule ohne Rassismus

Der Berliner Fußballclub Hertha BSC ist Partner des Projektes *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* geworden. Der Fan-Beauftragte des Vereins, Donato Melillo, betonte, dass Hertha nicht nur einfach Partner des Projektes sein wolle, sondern gerne auch Pate einer oder mehrerer Schulen. Wer Hertha als Pate für Schule ohne Rassismus gewinnen will, schreibe an Donato.Melillo@herthabsc.de Für die nächste Zukunft planen Hertha und Schule ohne Rassismus gemeinsame Sport-Projekte und Aktivitäten für Kinder und Jugendliche in Berlin und im Umland. ■

ANZEIGE

DEUTSCHER DOM | Gendarmenmarkt | Offen Mi-So 10-18 Uhr | Di 10-22 Uhr | Einzelführungen täglich 11 und 13 Uhr | Anmeldungen für Gruppenführungen unter Telefon 030 . 22 73 04 31 | Eintritt frei | KINO IM DEUTSCHEN DOM | Jeden 1. Dienstag im Monat | 18 Uhr | Eintritt frei

WEGE-IRRWEGE-UMWEGE

Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland
Dauerausstellung des Deutschen Bundestages

17. Juni

1953: VOLKSAUFSTAND
IN DER DDR
HISTORISCHE ZUSAMMENHÄNGE
IM DEUTSCHEN DOM

Chancengleichheit und Elite

Leistung gilt in unserer Gesellschaft als Schlüssel zum Erfolg. Ist die Vorstellung, dass jedem die Wege nach „oben“ offen stehen, berechtigt? Ein Gespräch mit Michael Hartmann.

Das Interview führten Manuela Hertweck und Ute Kratzmeier von der GEW Baden-Württemberg.

Warum ist in Deutschland die Bildungsungerechtigkeit, also die Abhängigkeit der Bildungsteilhabe von der sozialen Herkunft, so stark ausgeprägt? Ist das historisch bedingt?

Hartmann: Es gibt zwei Gründe, die insbesondere im vorschulischen und im schulischen Bereich liegen. Im vorschulischen Bereich deshalb, weil der größte Teil der Erziehung hierzulande in der Familie läuft und Benachteiligungen deshalb nicht so ausgeglichen werden können, wie dies zum Beispiel in Frankreich durch die École maternelle möglich ist. Der zweite entscheidendere Grund ist die Dreigliedrigkeit des Schulsystems. Es ist ganz eindeutig, dass das die soziale Selektion zu einem sehr frühen Zeitpunkt enorm fördert. Diese Dreigliedrigkeit hat historische Gründe: Nach 1945 hat es bei den Besatzungsmächten den Wunsch gegeben, in Deutschland Gesamtschulsysteme einzuführen. Doch war diese Veränderung in dem Moment gestorben, als die DDR die Einheitschule eingeführt hat. Damit war sie als sozialistisch diskreditiert und das wollte man auf gar keinen Fall. Zudem gab es mächtige soziale Interes-

Gymnasien tatsächlich geeignet, die frühe soziale Selektion gegebenenfalls zu korrigieren?

Hartmann: Sie können sie abmildern und zumindest einen Teil der SchülerInnen motivieren. Doch bei all den Maßnahmen handelt es sich bestenfalls um kleinere Korrekturen. Wenn man an das grundsätzliche Übel nicht drangeht, wird nichts bewirkt werden.

In Ihrem Buch „Der Mythos von den Leistungseliten“ beschreiben Sie, dass sich die soziale Selektivität bei der Besetzung von Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik, usw. fortsetzt und durch eine bessere und breitere Bildung nicht aufgehoben wird. Wieso funktioniert in unserem demokratischen System das demokratische Ideal nicht, dass jedem alle Wege offen stehen, wenn er oder sie nur genügend Leistung bringt?

Hartmann: Es ist mittlerweile in der Forschung unbestritten, dass das deutsche Bildungssystem insgesamt sozial sehr selektiv ist. Bei den Ingenieuren, Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen, die wir untersucht haben, stellte das Bürgertum, d.h. die oberen 3,5 Prozent, knapp 60 Prozent der Promovierten. Das ist schon hoch selektiv. Erstaunlicherweise findet während der Berufskarriere noch einmal eine weitere scharfe Selektion statt, insbesondere, wenn es um die Besetzung von Spitzenpositionen in der Wirtschaft geht: Wenn man promoviert hat und als Arbeiterkind oder als Kind eines leitenden Angestellten zur selben Zeit studiert hat, an derselben Uni, dasselbe Fach, mit derselben Geschwindigkeit, mit genauso vielen Auslandsemestern, mit allem, was sonst an Variablen zu berücksichtigen wäre, dann hat das Kind eines leitenden Angestellten eine zehnmal größere Chance, in die erste Führungsebene eines deutschen Unternehmens zu kommen als das Kind eines Arbeiters. Das heißt, die soziale Herkunft erhöht die Chance um den Faktor 10. Am krassesten ist es in der Wirtschaft, weil da von sehr wenigen Leuten entschieden wird. Der Geschäftsführer oder der Inhaber eines mittelständigen Unternehmens entscheidet allein oder höchstens zu zweit oder zu dritt, wen sie in Spitzenpositionen einsetzen. Auch wenn Vorstandsgremien diese Entscheidungen treffen, sind immer nur wenige Personen beteiligt. Und dann gilt: „Bürgerkinder suchen Bürgerkinder!“ Im Gegensatz zur Wirt-

Es ist mittlerweile unbestritten, dass das deutsche Bildungssystem insgesamt sozial sehr selektiv ist.

sen auf Seiten des etablierten Bürgertums, die für ihre Kinder natürlich weiterhin eine selektive Ausbildung haben wollten.

Mich ärgert übrigens bei meiner eigenen Gewerkschaft, der GEW, dass sie das Wort Gesamtschule inzwischen zumeist nur noch ganz verschämt gebraucht. Die Gesamtschule ist eine eindeutige und unübersehbare Schlussfolgerung aus Pisa – und keiner diskutiert offensiv darüber.

In Baden-Württemberg wird gesagt, dass Schule zwar zum Teil selektiv ist, ungerechtfertigte Selektionsentscheidungen aber über berufliche Schulen und die beruflichen Gymnasien korrigiert werden können. Sind berufliche Schulen bzw. berufliche

schaft, in der es praktisch keine demokratischen Institutionen oder Kontrollen und keine formalisierten Regelwerke gibt, sind die Auswahlprozeduren in der Wissenschaft viel formalisierter:

Man muss bestimmte Voraussetzungen wie Habilitation, Veröffentlichungen oder ähnliches erfüllen und die demokratische Beteiligung von Gremien ist größer. Natürlich ist auch ein Berufungsverfahren nicht frei von Manipulationen. Wer nicht im Mainstream liegt oder keiner Seilschaft angehört, hat es erheblich schwerer. Trotzdem ist die Zahl der Beteiligten größer und das eröffnet zumindest die Chance, demokratischen Einfluss zu nehmen.

Wie sieht es in der Politik aus?

Hartmann: Die Politik ist sozial noch am offensten. In Deutschland gibt es keinen anderen wichtigen Bereich, in dem es für Aufsteiger wie Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer so einfach ist, bis ganz nach oben zu kommen. Der wesentliche Grund dafür sind die zwei großen Volksparteien: Der Aufstieg in der Politik vollzieht sich traditionell von der örtlichen Ebene über Kreistag usw.. Sie müssen auf der unteren Ebene die Sprache der Leute sprechen, sonst werden Sie nicht aufgestellt und gewählt.

So ist im Unterschied zu Frankreich das kleinbürgerliche Element in beiden Parteien sehr stark. Das bestimmt die Aufstiegschancen. Deutsche Spitzenpolitiker sind zum großen Teil soziale Aufsteiger. Nur ein kleiner Teil ist gut bürgerlich bis großbürgerlich und die erkennt man auch (z.B. Innenminister Schily). Dieser Teil nimmt mit der Erosion der Volksparteien in letzter Zeit allerdings spürbar zu. In der Nachkriegsgeneration der Spitzenpolitiker sind, wie die Beispiele Merz, Koch oder Hohlmeier zeigen, deutlich mehr Bürgerkinder vertreten.

Muss unsere Elite aus dem Bürgertum kommen, weil der Rest ungenügend gebildet ist? Kann die GEW durch ihre Forderungen überhaupt etwas für mehr soziale Gerechtigkeit tun?

Hartmann: In den wirklichen Machtpositionen – vor allem in der Wirtschaft, aber auch in der Justiz, in der Verwaltung – werden Sie allein durch Bildungspolitik keine gravierenden Änderungen bewirken. Das war die große Illusion der Bildungsreform der sechziger Jahre. Man bewirkt durch Bildungsreformen dennoch etwas: Ob jeder Zehnte das Abitur macht, oder jeder Dritte, macht einen Unterschied. Man kann die Lebenschancen eines größeren Teils der Bevölkerung durch eine Öffnung des Bildungssystems deutlich verbessern. Das Wort Bebel's „Wissen ist Macht“ stimmt insofern, als die Möglichkeit, sich in größerem Umfang zu informieren und bestimmte Sachen zu durchschauen, dazu verhelfen kann, Macht in Frage zu stellen und zu kontrollieren. Meine Zielsetzung wäre: Wenn man schon die Besetzung der Machtpositionen nicht entscheidend verändern kann – die werden auch auf absehbare Zeit in den Händen des Bürgertums bleiben – so kann man sie aber stärker kontrollieren. Auch unter kapitalistischen Bedingungen sind die Spielräume auf der

einen Seite einzuschränken und auf der anderen zu erweitern. In den 60er oder 70er Jahren war das System im Kern dasselbe, aber die Verteilung war eine andere. Es gibt in der Gesellschaft Kräfteverhältnisse. Die Globalisierung hat die Position der Beschäftigten deutlich geschwächt. Da werden aber auch Stimmungen und Untergangsszenarien geschaffen und die Beschäftigten lassen sich viele Dinge gefallen, die bei nüchterner Analyse nicht nötig sind. Die Menschen haben Angst, arbeitslos zu werden. Nun ist diese Angst nicht in jedem Fal-



Manager in Führungsposition: In eine Eliteposition kann man nicht aufsteigen, sie ist das Ergebnis der Herkunftsfamilie.

FOTO: MEV

le berechtigt – aber sie wirkt. Bei vielen öffentlichen Diskussionen wird derzeit so schwarz gemalt, dass die bundesdeutsche Bevölkerung mehrheitlich das Gefühl hat, wir stehen kurz vor dem Abgrund. Und dann muss man alles akzeptieren. Sieht man sich dagegen die letzte Untersuchung der mächtigsten Länder der Welt bei Newsweek an, steht die Bundesrepublik hinter den USA auf Platz zwei! Das wissen nur wenige. Nach Studien des Fraunhofer Instituts ist die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die ehemaligen Ostblockländer in den letzten Jahren stark rückläufig, weil die Firmen zunehmend die damit verbundenen Probleme zu spüren bekommen. Das steht aber kaum in der Presse. Dort kommt die immer gleiche Litanei: alles ist überreguliert, vor allem der Arbeitsmarkt, zu hohe Lohnkosten, zu hohe Steuern. Dabei ist Deutschland für Unternehmer wie für Reiche effektiv ein Niedrigsteuerland geworden!

Wenn diese Aussage von Gewerkschaften kommt, gilt sie als unglaubwürdig ...

Hartmann: Das ist so ein Punkt bei den Gewerkschaften: Die lassen sich beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wunderbare Gutachten herstellen, um Argumente für Vermö-

genssteuer, Grundsteuer usw. zu haben und in der letzten Tarifrunde hat Verdi damit überhaupt nicht gearbeitet. Wenn von Seiten der Arbeitgeber immer argumentiert wird, dass der Staat Pleite sei und deswegen die Beschäftigten alle kürzer treten müssten, dann müssten diese Informationen offensiv verbreitet und die Gestaltungsspielräume aufgezeigt werden. Das ist nicht passiert. Wir haben z.B. in der Bundesrepublik durchschnittliche Belastungen auf Vermögen, also Grundsteuer, Erbschaftssteuer usw. von 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In den USA sind es 3,1 Prozent, in Großbritannien 3,9. In Deutschland haben sich



Wer kommt weiter? Die soziale Herkunft entscheidet über den Schulerfolg.

FOTO: GISELA LAU

diese Steuersätze seit den sechziger Jahren halbiert, in Frankreich wurde der Anteil verdoppelt. Es gibt Spielräume, die man auch innerhalb des Kapitalismus nutzen kann.

Spitzenmanager haben vor zehn Jahren nicht annähernd das verdient, was sie heute verdienen, und dennoch keine andere Arbeit gemacht. Die Maßstäbe zu verändern heißt auch, Spielräume zu nutzen. Beispiel: Wenn einer droht, er geht in die Schweiz, kann man politisch handeln. In den USA verliert man nach vier Jahren die Staatsbürgerschaft, wenn man im Ausland seine Steuern zahlt. Das ist erstens eine psychologische Barriere. Zweitens gibt es einen materiellen Hintergrund, den kaum jemand kennt: Wenn Sie, wie Michael Schuhmacher oder Boris Becker, in die Schweiz gehen, können Sie in manchen Kantonen über Ihre individuellen Steuersätze verhandeln und sie bis auf 10 oder 12 Prozent reduzieren. Das können Sie aber nur, wenn Sie Ausländer sind. Als Schweizer zahlen Sie die Schweizer Steuersätze, und die bewegen sich zwischen 25 und 30 Prozent. Ein weiteres Beispiel ist Monaco. Würde man gründlich überprüfen, wer da wirklich das halbe Jahr wohnt, gäbe es weniger Steuerflüchtige. Dort gibt

es Leute, die hier Multimillionäre sind und dort offiziell auf 65 Quadratmetern wohnen. Noch ein letztes Beispiel: da gibt es diese Hallig in Ost-Holstein, wo 250 große Firmen ihre Hauptsitze haben! Daran sieht man: Es fehlt einfach der Wille, diese Dinge abzustellen.

Dazu muss man kein System ändern! So werden Wohlhabende in den USA, Großbritannien und Frankreich deutlich stärker besteuert als in Deutschland, ohne dass sie scharenweise das Land verlassen.

Dann muss die GEW nur mehr Fakten präsentieren und mutiger werden, um die wenigen Spielräume auszuschöpfen?

Hartmann: So wenige sind das ja gar nicht. Ein Gutachten vom DIW für Ver.di hat im Falle einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer rund 40 Mrd. Euro Mehreinnahmen ausgerechnet – bei einem Freibetrag von 250.000 Euro und einem Steuersatz von 1,5 Prozent. Das ist kein kleiner Spielraum. Würden Körperschaftssteuer, Erbschaftssteuer usw. noch berücksichtigt werden, käme man ungefähr auf das Doppelte. Auf der anderen Seite gibt es Entscheidungsfindungen in der Politik, die selbst ich nicht geglaubt hätte. Zum Thema Studiengebühren für Langzeitstudierende hatte ich bei uns im Audimax einen Disput mit unserem Wissenschaftsminister und nannte ihm die Zahlen vom deutschen Studentenwerk: So verdoppelt sich zum Beispiel bei den Langzeitstudierenden der Anteil aus der untersten sozialen Gruppe (Arbeiter, untere und mittlere Beamte und Angestellte). Das hängt damit zusammen, dass die Hälfte ihrer Finanzen selbst erarbeiten müssen, während die aus den oberen Bereichen zwei Drittel von zu Hause bekommen. Da fragte mich der Minister, ob ich ihm die Zahlen zugänglich machen könnte. Ich dachte zuerst, er will mich auf den Arm nehmen! Mitnichten. Vier Wochen später rief mich sein persönlicher Referent an und fragte nochmals nach den Daten. Es handelt sich da um eine Standarderhebung, die es seit den 50er Jahren alle drei Jahre gibt und die ein vollständiges Bild über deutsche Studierende liefert. Sie wird also auch nicht als Arbeitsgrundlage genutzt. Und im Ministerium ist es nicht möglich, innerhalb von vier Wochen diese Studien zu finden. Auf dieser Basis werden dann Entscheidungen getroffen und Reden geschwungen und zum Beispiel die Einführung von Hochschulgebühren gefordert!

Stichwort Hochschulgebühren: Christoph Ehmann vertritt in seinem Buch die These, dass eine Befreiung von Hochschulgebühren, das kostenlose Studium, nur die Mittelschicht begünstigt und die Einführung von Studiengebühren nicht der Hauptpunkt wären. Deshalb fordert er ein echtes Schülerbafög, das die unteren Schichten begünstigt, um den Unterhalt zum Studium zu erleichtern. Wie stehen Sie als Gegner von Studiengebühren zu dieser These?

Hartmann: Ich kenne das Argument und es ist was Richtiges dran. Das macht es so plausibel: Es ist richtig, dass Besserverdienende und breite Mittelschichten stärker profitieren, weil die unteren Schichten an Universitäten relativ gering vertreten

sind. Das Schülerbafög alleine verändert jedoch nicht, dass so wenige aus den unteren Schichten auf den Gymnasien landen; dem Hauptschüler nützt auch das Schülerbafög nichts.

Ich bin gegen Studiengebühren, weil ich befürchte, wenn sie einmal durchgesetzt sind, wird der Effekt ein ganz anderer sein als der viel verkündete von der sozialen Gerechtigkeit. Das Musterbeispiel Australien zeigt uns, wohin die Reise gehen kann:

Dort gab es Studiengebühren in Höhe von 1500 Euro nach heutigen Umrechnungskursen. Die Rückzahlungen begannen, wenn man ungefähr 18.000 Euro verdiente. Das bedeutete, wer ungefähr 20 Prozent über dem Durchschnittseinkommen in Australien lag, fing an zurückzuzahlen. Nachdem die Studiengebühren einmal durchgesetzt waren, sind sie inzwischen so gestiegen, dass sie jetzt zwischen 3000 und 4000 Euro liegen. Die staatlichen Zuschüsse für die Universitäten sind im gleichen Maßstab zurückgegangen, und, was viel wichtiger ist – die Rückzahlung fängt jetzt ab 13.000 Euro an, d.h. man zahlt, wenn man 20 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen liegt. Ab 1.100 Euro Monatseinkommen sind 8 Prozent des Einkommens fällig. Die Wohlhabenden zahlen das mit links und werden durch eine zweite Regelung sogar noch weiter begünstigt: Wer zu Beginn die Gebühr auf einen Schlag zahlt, kann zum Studium zugelassen werden, ohne dass er die Leistungskriterien erfüllt. Das heißt, die Reichen können sich regelrecht einkaufen an den Unis. Wenn man wirklich den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit für so wichtig hält, dann müssen keine Studiengebühren eingeführt werden, sondern diejenigen, die hinterher gut verdienen, zahlen einfach höhere Steuersätze.

Elite ist derzeit ein Modethema. In Ihrem Buch reden Sie vom Mythos der Leistungseliten. Da stellt sich die Frage, brauchen wir tatsächlich eine Elite? Brauchen wir Elite-Unis?

Hartmann: Meines Erachtens führt die Diskussion über Eliteuniversitäten zu einem Effekt, der mit Eliteuniversitäten selbst gar nichts zu tun hat. Jeder weiß, dass ein deutsches Harvard mit 2,5 Milliarden für eine Uni nicht zu bezahlen ist. Der Effekt ist ein anderer und das gilt für viele Veränderungen im Hochschulbereich: Man will eine Hierarchisierung der deutschen Hochschullandschaft! Das heißt: es soll Universitäten erster, zweiter, dritter, vierter, fünfter Kategorie geben, und das hat einen sozialen Hintergrund: Es gibt im Bürgertum maßgebliche Kräfte, die an ihren eigenen Kindern merken, dass das öffentliche System unterfinanziert ist. Wenn man sie nicht ins Ausland schicken will, was für die meisten keine Lösung ist, muss sich hier etwas ändern. Bei Gymnasien gibt's zumindest in jeder Stadt einen Tipp. Aber im Hochschulbereich gibt es überhaupt keine hierarchische Ordnung. Da sind vielleicht einzelne Institute, die einen guten Ruf haben. Was sinnvoll wäre aus deren Sicht, wäre die Hierarchisierung der Hochschullandschaft, so dass man sagen könnte, der Sohn eines Chefarztes geht für ein Medizinstudium nach Heidelberg oder nach

Tübingen, wenn er was Technisches studieren will, nach Darmstadt oder Karlsruhe. Er geht aber nicht nach Kassel, nicht nach Essen, nach Passau oder so. Er weiß, wo er eine bessere Ausbildung kriegt und die Leute, die ihn später anstellen, wissen es auch. Dies alles geht zusammen mit den Diskussionen um Studiengebühren, der Auswahl der Studierenden durch die Universitäten, der ungleichen Verteilung der staatlichen Gelder durch Bindung an Drittmittel und ähnliches. Wenn man diese Hierarchisierung einmal hat, dann hat man gleichzeitig eine soziale Selektivität. All diese Verfahren verfestigen die soziale Selektivität, wie das Ausland deutlich zeigt. An dieser Entwicklung haben aber auch andere Interesse: die sozialen Aufsteiger der 60er und 70er Jahre, die damals von der Öffnung des Bildungssystems profitiert ha-

Es fehlt der politische Wille, das Geld bei denen zu holen, die es haben.

ben. Sie wollen das Erreichte für ihren Nachwuchs sichern. So treffen sich zwei soziale Gruppen und damit entwickelt sich eine starke soziale Kraft, die die Hierarchisierung des öffentlichen Bildungswesen, zum Teil bewusst, zum Teil unbewusst, verfolgt. Der Begriff Elite ist kein neutraler Begriff. Elite wird häufig mit dem Vergleich aus dem Sport legitimiert, denn auch dort gäbe es Eliten. Ich sage dagegen: Elite im Sport ist was anderes, deshalb redet man ja auch von Spitzensport, nicht von Elite-Sport. Elite heißt, es gibt eine soziale Verfestigung. Eliten haben immer mit Macht zu tun. Elite bedeutet auch immer, man gehört zu denen, die Macht und Einfluss ausüben und nicht nur zu denen, die besonders gut sind: Deswegen ist der Sport ein völlig untaugliches Beispiel. Wer 100 Meter in 9,7 Sekunden gelaufen ist und sich ein halbes Jahr später verletzt, ist raus. Das ist in der Politik, vor allem in der Wirtschaft, anders. Z.B. ist Klaus Esser jetzt der Europavertreter einer international tätigen Beteiligungsgesellschaft und sitzt auch noch in einer Reihe von Aufsichtsräten.

Der Vergleich mit dem Sport suggeriert, dass die Eliten nur auf Grund ihrer Leistungen Teil der Elite sind. Das ist Quatsch. Der Kern meiner Untersuchungen ist: Man kommt in diese Elitepositionen ganz wesentlich über die soziale Herkunft. Wenn die Frage kam, wie kann man das grundlegend ändern, habe ich früher bei Interviews immer einen Satz gesagt, um zu sehen, ob die Presse den auch abdruckt: Um dem Adel die Machtpositionen zu entreißen, musste auch das Bürgertum erst die Französische Revolution machen. Abgedruckt wurde er bisher nie. ■

*Dr. Michael Hartmann ist Professor für Soziologie am Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften der Technischen Universität Darmstadt. Sein Buch „Der Mythos von der Leistungselite“ ist 2002 erschienen. Wir entnahmen das Interview der April-Ausgabe der Zeitschrift *bildung & wissenschaft* der GEW Baden-Württemberg.*

OSZ-Bibliotheken funken SOS

Wieder einmal sollen die Bibliotheksstellen gestrichen werden.

von Ingeborg Kodalle-Masson, Bibliothek OSZ Banken und Versicherung



Unsere Autorin beim Beratungsgespräch mit einem Schüler.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Im Mai 2003 wurde nicht nur die Lernmittelfreiheit teilweise aufgehoben, sondern es wurde auch beschlossen, das Bibliothekspersonal an den OSZ-Bibliotheken abzuschaffen: die Bibliotheksarbeiten könnten doch auch von Lehrern und Schülern übernommen werden, hieß es!

Die Tätigkeit der Bibliotheks-Mitarbeiterinnen umfasst den Bestandsaufbau (entsprechend den Berufsfeldern), Systematisierung, Katalogisierung, Makulierung (veraltete Bücher aus dem Bestand nehmen), Leseranmeldung (vor allem zu Beginn jeden Schuljahres), Leserberatung, Klassenführungen, Bibliotheksunterricht, Kooperation mit den Fachbereichen (hat sich in den Lehrplänen etwas geändert?), Organisation des Ausleihbetriebs und des Mahnwesens, Verwaltung der Schulbücher, Ausleih- und Bestandsstatistik.

Was das bedeutet, zeigt das Beispiel der Bibliothek des OSZ Banken und Versicherungen: Die Bibliothek hat einen Medienbestand von 76.933 Einheiten, der sich gliedert in 18.000 Einheiten Ausleihbestand, 20 Zeitschriften und Zeitungen, 55.000 Schulbücher (Klassensätze usw.), 2814 Exemplare Belletristik (meistens „Schenkungen“ aus dem Kollegium, 383 Bücher als Zuwendung). Dort wurden im Jahr 2003 43.340 Medieneinheiten von rund 3000 Bibliotheksbenutzern und ca. 1000 „externen“ Nutzern entliehen: 88,3 Prozent wissenschaftliche Literatur, Belletristik 11,7 Prozent. Außerdem wurden 500 Mahnungen verschickt und 153 Führungen veranstaltet bzw. Bibliotheksunterricht erteilt. Seit Oktober 2003 gibt es dort

auch einen Internetanschluss, der intensiv genutzt wird. Diese Arbeit konnte nur geleistet werden, weil der Förderverein der Schule weiterhin eine halbe Bibliotheks-Mitarbeiterin finanziert sowie 10 Stunden für eine Mitarbeiterin, die sich um die Ordnung in der Bibliothek und vor allem um das Einbinden der Bücher kümmert.

Ähnlich sieht es auch aus bei den Bibliotheken im OSZ Handel, im OSZ Recht, im OSZ Verkehr und im OSZ Wirtschaftssprachen. Das OSZ Agrarwirtschaft hat seinen Bibliotheksbestand auf über 1 Million Euro berechnet.

Ohne die Bibliotheks-MitarbeiterInnen werden die OSZ-Bibliotheken innerhalb kürzester Zeit nicht mehr nutzbar sein. Der Vorschlag der Schulverwaltung, die Bibliotheken durch Lehrkräfte und Schülerinnen weiterzuführen, ist naiv, denn einige Schulen konnten bereits Erfahrungen sammeln, wenn ihre „halbe Bibliotheks-MitarbeiterIn“ wegen Schwangerschaft oder Krankheit nicht anwesend war. Nicht nur der Bestand hat sich da verringert – auch Fortsetzungen waren nicht mehr auf dem neuesten Stand, Mahnungen nicht verschickt. Die Schulleitungen sahen in diesen Fällen als einzige Möglichkeit zur Sicherung des Bestandes: die Bibliothek schließen!

Auch wenn sich jetzt Lehrkräfte „freiwillig“ melden, damit die Bibliotheken nicht geschlossen werden, können Laien wohl kaum die Fachkompetenz der Bibliotheks-MitarbeiterInnen ersetzen und die Öffnungszeiten werden dann wohl noch mehr reduziert. Bisher gab es einen Kreis von Bibliotheks-Mitarbeiterinnen, die bei Notfällen Hilfe geleistet haben, diese Mitarbeiterinnen haben sich bereits umorientiert. Wo finden die „Neuen“ Hilfestellungen?

Die erste Krise der OSZ-Bibliotheken

Schon 1994 sollten die Bibliotheken weggespart werden und sang- und klanglos untergehen. Dagegen hatten sich die OSZ damals in vielen Aktionen gewehrt, denn mit der geplanten Schließung der Bibliotheken sahen sie ihre schulpolitische Konzeption und den Unterricht gefährdet: Plakate wurden gegen die Schließungen gedruckt, Unterschriften gesammelt, die Parteien des Abgeordnetenhauses eingeschaltet. Jede Schule, die „ihre“ Bibliothek erhalten wollte, unternahm Aktionen, gründete Fördervereine, deren Satzungen vor allem den Erhalt der Bibliotheken zum Ziel hatten. Im OSZ Banken und Versicherungen wurde z.B. ei-



ne halbe Mitarbeiterstelle von der Bank- und Versicherungswirtschaft finanziert.

Im November 1995 wurden schließlich nach intensiver Öffentlichkeitsarbeit der Schulen die Bibliotheken aus den Bezirken ins Landesschulamt integriert. Damit konnte der Untergang verhindert werden, allerdings zum Preis von nur einer halben Stelle „Bibliothekarin“ oder „Büchereiangestellte“ pro Schulbibliothek. Bei der Gründung war jede Bibliothek noch mit einer Bibliothekarsstelle und einer Bibliotheksmitarbeiterstelle ausgestattet.

Aber immerhin schien die Zukunft gesichert: Der Senat sei weiterhin der Auffassung, dass diese Bibliotheken mit ihrem fachspezifischen und allgemeinbildenden Angebot eine notwendige, erhaltenswerte und förderungswürdige Einrichtung sowohl für die berufsvorbereitenden Lehrgänge und für die Auszubildenden im dualen System als auch für die studienbezogenen Bildungsgänge der Fachoberschule und der gymnasialen Oberstufe an diesen Schulen darstellten, hieß es als Antwort auf eine Kleine Anfrage (Nr. 2378) vom 25. Juni 1997 im Abgeordnetenhaus. Diese Einsicht hat offenbar nicht lange vorgehalten!

Einzigartige Bibliotheken

Die 19 Bibliotheken an den Oberstufenzentren (OSZ) in Berlin sind seit der Errichtung der OSZ integraler Bestandteil der berufsbildenden Schulen. Die Aufgaben und Funktion der Bibliotheken sind durch die entsprechenden Berufsfelder geprägt und an der Ausrichtung der jeweiligen Schule orientiert. Es gibt aber neben dem berufsfeldbezogenen Schulbuch- und Sachbuchbestand an allen Bibliotheken auch Sachliteratur, Belletristik sowie Zeitungen und Zeitschriften.

Inzwischen haben sich die Einrichtungen zu einer in Fachkreisen anerkannten und bei den Nutzern erfolgreichen Bibliotheksform entwickelt. Diese Bibliotheken erfüllen die Kriterien der Grundversorgung und betreuen bibliothekarisch nicht nur alle Auszubildenden in Berlin, sondern auch die SchülerInnen der übrigen Schulformen am OSZ. Und durch ihre spezifische und aktuell gehaltene Schwerpunktfachliteratur sind sie einzigartige Bibliotheken. Ausleihen können zwar nur die Lehrkräfte, die „anderen Mitarbeiterinnen“ und alle SchülerInnen des jeweiligen OSZ, aber als Präsenzbibliotheken können alle Berlinerinnen den Bestand nutzen.

Für die Schule und den Unterrichtsbetrieb erbringen die Bibliotheken wichtige Kernleistungen:

- Bereitstellen von Materialien zur berufsbegleitenden Ausbildung
- Vermittlung einer über den berufskundlichen Aspekt hinausgehenden Allgemeinbildung
- Befähigung zur aktiven und selbstständigen Informationsbeschaffung und zur Auseinandersetzung mit Literatur und Informationsmaterial
- Einübung des Umgangs mit Medien

Darüber hinaus sind die OSZ-Bibliotheken Informationszentren mit aktuellen Unterlagen über Berufe und berufliche Qualifikationsmöglichkeiten und nicht zuletzt Treffpunkt und Kommunika-



Einweisung in die Katalogbenutzung in der OSZ-Bibliothek.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

tionsort in den Pausen und Freiblocks – in einer Berufsschule besonders wichtig.

Kein überflüssiger Luxus

Es scheint – wieder einmal und trotz PISA –, dass der Untergang unserer Bibliotheken beschlossen ist. Die Mitarbeiterinnen kommen in den neugebildeten Stellenpool und werden für andere Aufgaben eingesetzt. Und die Schulen sollen selbst Lösungen finden – oder auch nicht. Was aus den Beständen wird, ist nicht geklärt (hier handelt es sich um Werte von mehreren Millionen Euro), Übergangsregelungen sind nicht bekannt. Es ist auch nicht bekannt, ob es eine neue Infrastruktur für die Bibliotheken geben soll. Gibt es in der Schulverwaltung jemanden, der sich wirklich Gedanken macht, wie es weitergeht?

Wer heute die OSZ-Bibliotheken schließt, weil er sie für überflüssigen Luxus hält, sei an den Weimarer Bibliotheksdirektor Goethe erinnert, der sich in einer Bibliothek „wie in der Gegenwart großen Kapitals“ fühlte, „das geräuschlos unberechenbare Zinsen spendet.“ Kämpfen wir um die Verbesserung und den Erhalt unserer Bibliotheken! ■



Befähigung zur aktiven Informationsbeschaffung.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ



Die neue Schulbibliothek

Das INFO-LABOR zur Förderung von Lese- und Medienkompetenz in der Johann-Peter-Hebel-Grundschule in Wilmersdorf.

von Ken Nein, Bibliothekar

Das „INFO-LABOR“ entstand im Schuljahr 1997/98 im Rahmen der Europa-Projektstage an der Johann-Peter-Hebel-Grundschule auf Initiative der damaligen Klassenlehrerin der 3b, Kirsten Lauritzen. Die Eltern spendeten rund 1.000 Bücher sowie Regale und sonstiges Mobiliar. Für 950 Mark wurde Computersoftware von der Gesamtelternvertretung angeschafft. Einige Nachschlagewerke auf CD-ROM sowie die Computerhardware kamen aus dem Bestand der Schule. Drei Bibliothekarinnen, ebenfalls aus der Elternschaft, berieten uns bei der Planung und Einrichtung.

Der Name INFO-LABOR wurde deshalb gewählt, weil diese Einrichtung keine Schulbibliothek im üblichen Sinne werden sollte. Wir wollten den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich halten und deshalb sollten die Bücher nicht ausgeliehen, sondern nur präsent gehalten werden: Die SchülerInnen können sich während des Unterrichts Bücher auswählen und in ihnen stöbern. Leser mit weitergehenden Wünschen werden auf die Kinder- und Jugendbibliothek verwiesen. Darüber hinaus sollte es aber eine multimediale Bibliothek mit Zugriff auch auf elektronische Medien werden. Der Name „INFO-LABOR“ (Informations-Laboratorium) bedeutet also, dass man hier Informationen suchen und bearbeiten kann.

Nutzungsmöglichkeiten

Bei uns erfahren die Kinder, wo die Kinder- und Jugendbibliotheken sind, welche Öffnungszeiten sie haben, welche Telefonnummern und welche Aktivitäten sie für Kinder und Jugendliche anbieten.

Das INFO-LABOR ist auch Redaktionsbüro z.B. für eine Schülerzeitung oder für Schülerarbeiten zu Schreibwettbewerben, wie z.B. den Berliner Märchentagen, für Klassenzeitungen oder Berichte von Klassenfahrten. Im Rahmen der Einrichtung des WUV-Unterrichts (Wahl-Unterricht-Verbindlich) entstand ein inzwischen jährlich erscheinendes Jahrbuch unserer Schule, bei dem die SchülerInnen beteiligt sind an der Produktplanung, beim

Layout, beim Anzeigen akquirieren, beim Artikel schreiben ... Und hier können SchülerInnen auch per E-Mail Kontakt zu anderen Schulen aufnehmen, natürlich auch ins Ausland, z. B. nach England oder Frankreich in Verbindung mit dem Fremdsprachenunterricht.

Wenn alles gut läuft und wir über genügend „Personal“ verfügen, leisten wir uns noch einen ganz besonderen Luxus: Der Fachunterricht wird unterstützt durch einen Informationsservice. Stellt sich beispielsweise im Sachkunde-, Geschichts-, Biologie- oder auch Kunstunterricht eine Frage nach Daten, Personen, Zusammenhängen, können kleine Gruppen von 2-4 Schülern ins INFO-LABOR kommen, um diese Fragen zu klären. Dabei können alle Möglichkeiten genutzt werden: Lexikon, Sachbuch, CD-Rom, Internet. Mit dem Ergebnis kehrt die SchülerInnen stolz in die Klasse zurück oder machen die Erfahrung, dass die Frage wirklich schwer zu beantworten war und man noch andere Recherchen anstellen muss.

Für die Recherche gibt es viele umfangreiche multimediale Nachschlagewerke wie z.B. Brockhaus Multimedia oder Encarta Enzyklopädie. Der Hit des INFO-LABORS ist nach wie vor „Meine erste Reise um die Welt“ vom Meyer Verlag. Kinder aus der ersten Klasse, die noch richtige Leseanfänger sind, können sich die gefundenen Beiträge auch vorlesen lassen. Das Geschehen am Bildschirm durch einen einfachen Mausklick zu beeinflussen, animiert sie, durch viele Länder der Welt zu reisen. Auf der „Sticker“-Ebene werden die Kinder aufgefordert, gezielt auf der Weltkarte nach Orten zu suchen. Dabei merken einige zum ersten Mal, dass zum Beispiel Afrika südlich von Europa liegt. Die Encarta Enzyklopädie, auf Platz 2 der Beliebtheitsliste des LABORS, beantwortet viele Fragen unserer „Entdecker“. Das Suchen nach Information kann nämlich Spaß machen! Mit kindgerechten Suchmaschinen wie www.blinde-kuh.de oder www.milkmoon.de lernen sie schließlich auch die Möglichkeiten des Internets kennen. Zum Umgang mit dem Internet gehört allerdings eine genaue Anleitung. Deswegen soll jede SchülerIn künftig auch



Rege Nachfrage bei der Buch-Tausch-Aktion im Info-Labor der Johann-Peter-Hebel-Grundschule.

FOTOS: INFO-LABOR

einen „Internet-Führerschein“ machen. Spiele sind im Info-Labor kaum vorhanden und auch nicht erwünscht, genauso wie Lernprogramme. Dafür haben wir in den Klassen oder in einem Computerraum Gelegenheiten geschaffen. Übrigens: Für das Verhalten im Info-Labor gibt es auch Benutzeregeln: Man darf hier nicht essen und trinken oder sich auf der Festplatte des PCs „herumtreiben“. SchülerInnen, die sich nicht daran halten, werden von der Nutzung des Labors in der Freizeit (Pausen/Freistunden...) für eine bestimmte Zeit ausgeschlossen!

Unsere LABOR-AssistentInnen

Eine ganz wichtige Rolle im INFO-LABOR spielen unsere sogenannten INFO-LABOR-AssistentInnen. In den Pausen können bis zu zwei SchülerInnen pro Klasse das LABOR aufsuchen und dort lesen oder den Computer nutzen. Damit es keine Streitigkeiten bei der Nutzung des PC gibt, regelt eine Eieruhr die Dauer des Aufenthalts. Die AssistentInnen kommen aus den 4.-6. Klassen und sind beispielsweise den jüngeren SchülerInnen bei der Computernutzung behilflich. Sie unterstützen die Aktivitäten des Labors und kontrollieren die „Besucheranzahl“ anhand eines Laufzettels, den die LehrerInnen zu Beginn der großen Pausen ausgeben. Außerdem verwalten sie die CD-ROM-Sammlung, damit sich hier keine „Selbstbedienung“ einschleift. Unsere regelmäßigen Besprechungen und kleinen Schulungen (z.B. Welchen Inhalt hat die neue CD-ROM?) sind sehr beliebt – , denn da fällt schon mal eine Unterrichtsstunde aus.

Auch wenn wir keine „konventionelle Schulbibliothek“ sind, gibt es doch viele Aspekte, die wir von ihr übernehmen haben. Wie bei schulbibliothekarischen Einrichtungen genießen viele Kinder bei uns die ruhige Leseatmosphäre. Im Rahmenplan Deutsch für die Grundschule gab es und gibt es genügend Anknüpfungspunkte und wir versuchen auch diesen Plan, insbesondere im Hinblick auf Leseförderung und Entwicklung von Medienkompetenz, zu unterstützen.

Die Konzeption des INFO-LABORS ist eigentlich für alle Schulen geeignet und leicht übertragbar. Allerdings wird dieses Modell langfristig nur überleben können, wenn das Problem der Betreuung gelöst wird: Auf Dauer kann die Arbeit nicht nur von ehrenamtlichen Helfern gemacht werden.

Diese Tätigkeit erfordert neben dem Engagement sehr vielfältige Kompetenzen, u.a. eben genau die Kompetenzen, die die SchülerInnen in den kommenden Jahren laut Rahmenplan in den Schulen erwerben sollen.

Die bewegte Bibliothek

Zum diesjährigen Welttag des Buches am 23. April haben wir zum ersten Mal auch eine Buch-Tausch-Aktion organisiert: Wer ein Buch abgibt, darf sich ein anderes mitnehmen. Seit dem Start 1997 wurde unser Bücherbestand zwar dann und wann ergänzt, aber im wesentlichen blieb es beim Anfangsbestand. Mit der Buch-Tausch-Aktion erhofften wir uns deshalb auch frisches Lesefutter für unsere Präsenz-Bücherei. Und die Hoffnung hat sich erfüllt: Besonders die „jungen Leser“ waren mit großer Begeisterung dabei. Jetzt wollen wir regelmäßig ein- bis zweimal im Monat eine solche Tauschaktion machen, die von unseren AssistentInnen organisiert und betreut wird. ■

Ken Nein war beim Start des Projektes Vorsitzender der Gesamtelternvertretung und begleitete das Projekt über drei Jahre ehrenamtlich.



LESETANDEM

Seit dem Beginn des Schuljahres 2003/ 2004 leite ich, mit Unterstützung einiger Bibliothekarinnen, das Projekt „LeseTandem“. Ziel des Projektes ist es, öffentliche Bibliotheken und Schulen zu kooperativen Partnern bei der Leseförderung zu machen. Im Bundesland Nordrhein-Westfalen wird ein derartiges Projekt seit einigen Jahren durch die Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit Bibliotheken, Schulen und Kommunen erfolgreich durchgeführt. Wir beziehen uns auf dieses Projekt und versuchen es den Gegebenheiten in Berlin anzupassen. Sogenannte „Schülercenter“ aus dem NRW-Projekt haben z.B. ähnliche Nutzungsmöglichkeiten wie das hier beschriebene INFO-LABOR der Johann-Peter-Hebel-Grundschule.

Als Klassenlehrerin einer 6. Klasse nutze ich die vielfältigen Möglichkeiten des LABORS regelmäßig in den Fächern Deutsch, Biologie, Geschichte und Kunst. Die Einsatzmöglichkeiten des Internets im Unterricht haben sich m.E. in den letzten 3-4 Jahren enorm verbessert und fordern mich deshalb auch heraus. Es wäre wünschenswert, Bibliotheken und Schulen mit einer derartigen Einrichtung auszustatten, um den Anforderungen an einen zeitgemäßen Unterricht gerecht zu werden. *Kirsten Lauritzen*

*Zwei Internet-Tipps: Für die Grundschule: www.wir-in-berlin.de
Für Grund- und Oberschule: www.sowieso.de (Online-Zeitung, sehr aktuell)*

Zukunftsdialog Bildung 2015

GEW diskutiert „Entwurf eines Bildungskonzeptes“.



FOTO: PRIVAT

von Pit Rulff, verantwortlicher Redakteur der blz

Der Gewerkschaftstag hatte den Auftrag erteilt: Jetzt liegt das sehr kontrovers diskutierte Arbeitspapier „Bildung 2015. Entwurf eines Bildungskonzeptes der GEW“ einer Redaktionsgruppe vor. Es sollte von allen Mitgliedern diskutiert werden.

Was wir wollen!

Eine breite bildungspolitische Diskussion in der GEW. Denn unser Bildungssystem ist von der Kindertageseinrichtung bis zur Weiterbildungsinstitution erneuerungsbedürftig. Wer, wenn nicht die Beschäftigten selbst, die Mitglieder der Bildungsgewerkschaft, sollte Vorschläge machen, wie das Bildungswesen weiterentwickelt werden soll? Wie es in zehn Jahren aussehen soll? Wie wollen wir arbeiten? Wer schiebt die Veränderungsprozesse an und setzt sie um?

Ein erster Denkanstoß für diese Diskussion liegt jetzt mit dem Arbeitspapier „Bildung 2015. Entwurf eines Bildungskonzeptes der GEW“ vor. Eine Gruppe, in der sich Kolleginnen und Kollegen aus allen Bildungsbereichen engagiert haben, hatte mehrfach diskutiert bis die Köpfe rauchten und die Ergebnisse ihres Schaffens zu Papier gebracht. Ihre Vorlage soll jetzt mit so vielen GEW-Mitgliedern wie möglich quer durch alle Bildungseinrichtungen diskutiert werden. Alle Ideen und Vorschläge, die dabei entstehen, sollen gesammelt, eingearbeitet und bis zum Herbst zu einem Antrag für den Gewerkschaftstag 2005 in Erfurt formuliert werden. So weit der formale Ablauf.

Wie soll das funktionieren?

In diesem Prozess wollen wir neue Formen gewerkschaftlicher Kommunikation ausprobieren. Denn: Spannendes entsteht da, wo Menschen mit unter-



schiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen zusammenkommen und Freiräume zur Entfaltung haben. Deshalb lautet eine unserer Ideen: Mehrere Landesverbände schließen sich zusammen und laden Mitglieder und Funktionäre zu „Zukunftskonferenzen“ ein. Diese geben Anregung und Raum „Quer“ zu denken, „Neues“ zu entwickeln. Alle Arbeitsergebnisse werden festgehalten und fließen in den gesamten Diskussionsprozess ein. Wie? Über die Rückmeldungen der Beteiligten, über die „Erziehung und Wissenschaft“ und die Landeszeitungen, aber vor allem: über das Internet. Auf der Homepage der GEW www.gew.de ist eine Kommunikationsplattform eingerichtet. Hier gibt es alle Infos rund um das bildungspolitische Reformkonzept. Hier haben alle Mitglieder der Bildungsgewerkschaft die Möglichkeit, sich in die Debatte einzumischen.

Was diskutieren wir?

In dem „Entwurf eines Bildungskonzeptes“ werden Leitgedanken vorgestellt, die einer Reform des Bildungswesens zugrunde liegen sollten. Ein Szenario beschreibt, wie die Bildungslandschaft 2015 aus GEW-Sicht aussehen könnte und welche Eckpfeiler dafür gesetzt sein müssen. Vorausgesetzt, wir wollen uns in diese Richtung aufmachen: Was

bedeutet das für unsere Forderungen an die bildungspolitisch Verantwortlichen, was bedeutet das aber auch für die Menschen, die in diesem Bildungssystem jetzt und künftig arbeiten? Was bedeutet das für uns?

Jeder und jede kann eigene Schwerpunkte in der Diskussion legen, die eigenen Kompetenzen einbringen. Erst wenn der Hochschulprofessor mit der Honorarkraft aus der Weiterbildung über die Zukunft der Erwachsenenbildung diskutiert oder die Lehrerin mit der Erzieherin über die gemeinsame Aus- und Fortbildung, sind wir auf dem richtigen Weg.

Warum das alles, warum wir?

Alle Untersuchungen belegen, dass Reformen des Bildungssystems bitter notwendig sind. Die soziale Ungerechtigkeit muss überwunden werden. Alle Menschen sollen die Möglichkeit zum erfolgreichen lebensbegleitenden Lernen haben. Bildung muss ihren Beitrag dazu leisten, dass die Gesellschaft sich demokratisch und friedlich weiter entwickelt.

Reformen sollen aber auch die Arbeitszufriedenheit der Pädagogen und Forschenden erhöhen und die Ergebnisse für die Lernenden verbessern. Dabei fehlt es nicht an Erkenntnissen. Aber es mangelt an der Verständigung auf gemeinsame Ziele und Handlungsschritte. Wir müssen die Frage klären: Wer trägt eigentlich Verantwortung für einen erfolgreichen Reformprozess?

In der GEW arbeiten Menschen aus allen pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen eng zusammen. Dieses Potenzial ist einmalig in unserer Gesellschaft und wir sollten es nutzen, um Anstöße für eine bildungspolitische Reformdiskussion zu geben, in der die Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten und bessere Qualität von Bildung zwei Seiten einer Medaille sind. ■

Seit vergangenem Herbst läuft unsere Strategiedebatte: Wohin will die GEW BERLIN? und Wie kommen wir dorthin? Beide Fragen stellt uns der gewerkschaftspolitische Alltag sehr konkret und nachhaltig. Egal wie kompliziert die Fragen auch sind: Wir brauchen die Antworten möglichst schnell. Denn die Angriffe auf die erkämpften Arbeitnehmerrechte werden immer dreister. Und das ideologisch Trommelfeuer bleibt auch innerhalb der Gewerkschaften nicht ohne Wirkung.

Wie bringen wir uns schnell und wirkungsvoll wieder in die Aktion? Gerade in Berlin mit dem marodesten aller Haushalte (der, wie alle maroden Haushalte, nicht schicksalhaft oder volksverschuldet über uns kam) toben sich die Apologeten der Kürzungs-/ Streichungs-/ Sparstrategien als einziges unvermeidbares also alternativloses Mittel zur Rettung der Republik aus: Schröder, Eichel, Clement, Fischer und Schilly sowie Wowerit und Sarrazin. Sie alle retten – ganz entgegen der Wählervorstellung – zumindest die weitere Umverteilung von unten nach oben. Dabei werden wir zugetextet mit volksverdummenden Globalisierungszwängen, demografischen Horrorszenarien und alternativlosem Sozialabbau. So lange, bis wir selbst daran glauben!

Wir kommen da nur raus, wenn wir den Spieß umdrehen und die Politiker unter Druck setzen. Die Gewerkschaften kommen nicht umhin, sich klar und deutlich von der Schröderpolitik zu distanzieren und jeder weiteren neoliberalen Politikausrichtung den Kampf anzusagen. Die ganze Richtung stimmt nicht und der gemeinsame Kampf dagegen muss endlich zum gemeinsamen Ziel der Gewerkschaften gemacht werden: Wir schubsen euch von euren Sesseln, in denen ihr euch so sicher wähnt, wenn ihr eure Politik gegen die Mehrheiten in diesem Land und in dieser Stadt fortsetzt. Eine Nummer kleiner geht es nicht mehr.

Dazu gehört aber auch, dass wir deutlich machen, dass eine alternative Politik möglich ist und wie sie aussehen kann. Klare Vorstellungen, basierend auf wissenschaftlichen Analysen, gibt es zahlreich. Zum Beispiel die Publikationen aus dem Bereich Wirtschaftspolitik von ver.di (unter: www.verdi.de) und das jährlich erscheinende Gegengutachten der AG Alternative Wirtschaftspolitik unter dem aktuellen Titel „Memorandum 2004“ (unter: www.memo.uni-bremen.de). Hierzu muss eine schlüssigen Zusammenstellung erarbeitet und unter dem Motto „Eine andere Politik ist möglich!“ breit kommuniziert

Nägel mit Köpfen

Die Strategiedebatten zeigen erste Ergebnisse. Jetzt müssen wir handeln.

von Hartmut Schurig, stellvertr. Vorsitzender der GEW BERLIN



FOTO: PRIVAT

werden. Von der IG Metall geht gerade eine Initiative für ein sogenanntes „Arbeitnehmerbegehren“ aus. Dort wird eine kritische Bestandsaufnahme zur aktuellen Politik verbunden mit dem Aufzeigen alternativer Möglichkeiten und einer Unterschriftensammlung zu fünf kurzgefassten Forderungen (Stichworte: gerechtes Steuersystem, Bürgerversicherung, Altersversorgung, Arbeitszeit, Kaufkraft durch Einkommen).

Wer mit der Option Volksbegehren Probleme hat, für den wäre die Idee eines „Arbeitnehmerbegehrens“ eine alternative Möglichkeit. Ich stelle mir vor, dass wir auf dieser Basis unterhalb eines Volksbegehrens einen Konsens herstellen zwischen den Berliner Einzelgewerkschaften über eine breit angelegte Kampagne zur Durchführung eines „Arbeitnehmerbegehrens“. Darüber sind Politisierung, Kommunikation und Diskussion politischer Alternativen, Mobilisierung und Sensibilisierung zu erreichen – eine unverzichtbare Vorstufe für weitergehende politische Gestaltungsaktivitäten. Der Zeitraum ab August bis zur nächsten LDV scheint ein realistischer Zeithorizont zu sein.

Doch welche parlamentarische Kraft soll eine alternative Politik in die Parlamente transportieren? Es mag eine gewisse Anzahl von Einzelpersonen in den etablierten Parteien geben, denen das zuzutrauen ist, doch die Parteien in ihrer Ganzheit stehen dafür nicht, wie die Realität zeigt. Hier sind wir bei der Diskussion über Wahlalternativen. Auch diese Diskussion ist schon weit vorangeschritten. Bundesweit haben sich bereits über 80 regionale Wahlalternativen konstituiert. In mehreren Großstädten, wie z.B. Frankfurt, Hamburg, Bremen und Berlin fanden Koordinierungstreffen statt. Mitte Mai versammelten sich über 300 Veränderungswillige in der Humboldt-Uni, um über die weitere Entwicklung und Vernetzung von Wahlalternativen zu beraten. Ein Zusammenschluss dieser Initiativen zu einer wählbaren Alternative ist für den Zeitraum Herbst zu erwarten.

Wer sich hierfür interessiert, sollte sich den 20. Juni frei halten. Denn an diesem Tage wird in der Humboldt-Uni der erste Bundeskongress dazu stattfinden.

In der sinnvollen Verbindung dieser drei Handlungsschwerpunkte

- enger Zusammenschluss der Einzelgewerkschaften und Start einer gemeinsam getragenen Kampagne „Arbeitnehmerbegehren“,
- eine alternative Politik zum gegenwärtigen Neoliberalismus formulieren und öffentlich diskutieren,
- die Entstehung einer starken linken Wahlalternative

müssen wir über Formen der Unterstützung gemeinsam beraten. Dann könnte unsere Strategie zu einem tragbaren und ertragreichen Zwischenergebnis auf der gesellschaftspolitischen Ebene führen.



Der Geist von Tarifverträgen – Tarifverträge mit Geist

Über den Sinn und die Notwendigkeit von Tarifverträgen an den Hochschulen.

von Rainer Hansel, Leiter Referat Hochschule und Forschung



FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Die Diskussion um einen „Tarifvertrag Wissenschaft“ hat in letzter Zeit neue Nahrung erhalten. Kürzlich sind die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu diesem Thema erschienen und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Tarifvertrag nur noch unterschrieben werden müsste. Was macht es leicht über einen „Tarifvertrag Wissenschaft“ zu reden? Und was macht es schwer, einen „Tarifvertrag Wissenschaft“ zu Stande zu bringen?

Es ist sicher richtig, dass die Arbeitsbedingungen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen Besonderheiten aufweisen. Bekannt sein dürfte, dass die Befristungsregelungen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen bis in die höchsten Instanzen lange Jahre umstritten waren. Auch die HRG-Neufassung hat die Diskussion nicht zum Erliegen gebracht. Unter den Stichworten Flexibilität, leistungsgerechte Bezahlung, neue Arbeitszeitmodelle haben fast alle Parteien, Gremien wie die Hochschulrektorenkonferenz, aber auch Bündnisse wie „An-Morgen-Denken“ Vorschläge zum Thema gemacht. Warum also gibt es den „Tarifvertrag Wissenschaft“ nicht und was könnte man tun?

Wer soll einen „Tarifvertrag Wissenschaft“ schließen?

Eine der größten Schwierigkeiten besteht in der Antwort auf die Frage „Wer schließt einen derartigen Tarifvertrag?“. Tarifparteien sind Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen. Während auf gewerkschaftlicher Seite für Bundes-, Landes- und auch die Betriebsebene Verhandlungspartner vorhanden sind, hat die Arbeitgeberseite dabei Probleme. Der Versuch auf der Bundesebene zu verhandeln, ist 2001 insbesondere an der Haltung der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) gescheitert. Also wer sonst? Wenn das Leitbild besteht, in Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen eigenständige Arbeitgeber zu sehen,

dann ist ein „Tarifvertrag Wissenschaft“ zwischen einem geeigneten Arbeitgeberverband Wissenschaft und den Gewerkschaften auf Bundesebene zu verhandeln. Und noch ein Problem muss auf dem Weg zum Tarifvertrag Wissenschaft genannt werden: Die Kompetenzordnung von Bund und Ländern. Bil-

den? Soll ein Wissenschaftstarifvertrag im allgemeinen Finanzrahmen bleiben und nur wissenschaftsspezifische Ausgestaltungen zulassen? Zu analysieren ist auch das System der Hochschulfinanzierung. Wissenschaftseinrichtungen als eigene Arbeitgeber bekommen in aller Regel einen Globalhaushalt zugewie-



dung ist den Ländern zugeordnet. Sollen Ländertarifverträge abgeschlossen werden? Weder auf Bundes-, noch auf Landesebene sind derartige Vereinigungen in Sicht. Alternativ könnte auch die Lösung in einem Mustertarifvertrag mit einer wissenschaftlichen Einrichtung (Hochschule oder Forschungseinrichtung) bestehen. Aber mit welcher Einrichtung fängt man an?

In welchem Verhältnis soll der Wissenschaftsbereich zum übrigen Öffentlichen Dienst stehen?

Das Verhältnis zu anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes ist zu beschreiben. Am deutlichsten wird dies vielleicht am Thema Vergütungshöhe. Sollen die Wissenschaftseinrichtungen Tarifierhöhungen unabhängig vom Öffentlichen Dienst verhandeln oder soll es einen bestimmten Zusammenhang ge-

sen, der mit möglichen Ergebnissen von Vergütungstarifverhandlungen enge Verknüpfungen aufweist: Wird die Bildung der Globalhaushalte ohne Rücksicht auf Tarifiergebnisse geregelt, sehen wir am Beispiel Berlin, dass jegliche Struktur damit destabilisiert, wenn nicht gar in Frage gestellt wird.

Sind Tarifverträge Mindestanforderungen?

Ein etwas allgemeineres Problem soll nur kurz erwähnt werden. Die öffentlichen Arbeitgeber haben ein starres Tarifrecht, weil – anders als normal – Tarifnormen des BAT/BAT-O nicht als Mindestanforderungen, sondern gleichzeitig über haushaltsrechtliche Regelungen (sog. Besserstellungsverbot) als das maximal erträgliche umgesetzt werden. Als Regelung völlig ausreichend wäre die Anwendung tariflicher Normen als

Der Wunsch, dass in unseren Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen und im Bildungsbereich mehr Männer arbeiten, ist überall zu hören.

Die EU-Kommission für Kinderbetreuung hat in den 90er Jahren in einem Papier gefordert, dass in der Bundesrepublik Deutschland eine Männerquote von 20 Prozent im elementaren Erziehungsbereich angestrebt werden sollte. Bei meinen Recherchen konnte ich bisher nicht herausfinden, wie hoch der Anteil der männlichen Erzieher derzeit in Deutschland ist. In skandinavischen Ländern wie Schweden oder Norwegen dagegen ist die geforderte Quote schon längst umgesetzt.

Die Sache selbst in die Hand nehmen

Was bleibt einem da in Deutschland anderes übrig, als die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Wir müssen nicht immer warten, bis die Politik die Weichen stellt.

Die Zeit ist da, der gesamte Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsbereich ist im Wandel. Ein Mann, der auf-

Männer in die Kitas

Eine bundesweite Initiative bemüht sich um mehr Erzieher.

von Björn Winter, Initiator der Initiative und Erzieher-Azubi

grund seiner Fähigkeiten und Kompetenzen im Kindergarten arbeiten möchte, sollte dies tun. Und sollte sich z. B. gewerkschaftlich organisiert für eine Verbesserung des Status und der Bezahlung des ErzieherInnenberufs engagieren. Die Diskussion um die Fach- bzw. Hochschulausbildung von ErzieherInnen, Bildungspläne, neue Finanzierungsmodelle und die Qualität von Weiterbildungsmöglichkeiten gehören auch dazu.

Die bloße Forderung nach mehr Männern im Kindergarten reicht jedoch nicht aus. Es muss nach den besonderen Qualitäten gefragt werden, die die-

se Erzieher in ihrer pädagogischen Arbeit entwickeln können und sollen. Dafür braucht es gezielte Aus- und Fortbildung, die auch eine geschlechtsbewusste Pädagogik thematisiert.

Wir möchten dazu Austausch, Reflexion und Beratung fördern und anbieten sowie Kontakte zu anderen Erziehern ermöglichen.

Erfahrungsberichte, Buchtipps, ein Netzwerk und vieles zur Planung und Durchführung des Projektes finden Sie unter www.erzieher-online.info. Schauen Sie doch mal rein...

Aus: DDS, Zeitschrift der GEW Bayern, April 2004

ANZEIGE

Sicherheit. Jetzt und im Alter !



Die Debeka:
Partner der GEW in der
Altersvorsorge !

Egal, ob Sie Ihren Lebensstandard oder Ihre Familie günstig absichern möchten: Mit dem Altersvorsorgepaket "Das RentenPlus" und den verbesserten Konditionen in der Altersvorsorge sowie in der Berufs- und Dienstunfähigkeitsabsicherung für GEW-Mitglieder sind Sie bei der Debeka Lebensversicherung auf jeden Fall gut aufgehoben.

Wir haben spezielle Angebote für Sie. Sprechen Sie mit uns.

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.

Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.

Landesgeschäftsstelle Berlin:
Dominicusstraße 14, 10823 Berlin
Telefon (0 30) 78 80 60
Internet www.debeka.de

Die Debeka-Gruppe -
überzeugende
Testergebnisse !

IMONEY

45/03, 25/03, 45/02

Finanztest

4/02, 8/01, 5/01

Vergleichsarbeiten

Zwispältiges Instrument zur Beschaffung von Informationen und der Auslese.

von Thomas Isensee, Leiter Referat Bildungspolitik



FOTO: TRANSIT/POLENZ

In seinem Vortrag auf der Fachtagung der GEW Berlin zum Thema Vergleichsarbeiten betonte Tom Stryck als Vertreter der Senatsschulverwaltung, wie wichtig diese Arbeiten für eine Diagnose sind, die dann zu einer besseren Förderung einzelner Schüler führen könnte. Auf die Frage, warum dann Vergleichsarbeiten zuerst in der 10. Klasse eingesetzt werden, wenn eine Förderung nicht mehr möglich ist, erging die eher harsch formulierte Antwort, das habe die KMK eben so beschlossen.

Der kleine Wortwechsel macht die Zwispältigkeit des Instruments „Vergleichsarbeiten“ deutlich. Sie können Lehrkräften Informationen und Rückmeldungen verschaffen, die zu einer Verbesserung der Unterrichtsqualität und einer gezielten Förderung einzelner Schüler genutzt werden können. Aber auf den verschiedenen Entscheidungsebenen von Schulverwaltung und -politik können mit diesem Instrument auch ganz andere Zielsetzungen verfolgt werden: Verschärfung der Auslesefunktion von Schule, Durchsetzung bestimmter Inhalte im Unterricht als Bildungskanon durch Konstruktion entsprechender Prüfungsaufgaben, und last but not least eine Kontrollmöglichkeit gegenüber Lehrkräften. Angesichts der organisierten Verantwortungslosigkeit im Gestrüpp der Zuständigkeiten zwischen KMK und den Kultusministerien der Bundesländer wird die GEW immer Schwierigkeiten haben, einen verantwortlichen Ansprechpartner für eine differenzierte Auseinandersetzung und die Durchsetzung von Verbesserungen zu finden: „Das hat die KMK beschlossen“ werden wir öfter zu hören bekommen.

Wie bei jeder Lotterie kann man aber auch hier Glück haben: zielsicher und auslesefreudig hat die KMK Vergleichsarbeiten für die 4. Klasse beschlossen. Für die meisten Bundesländer ist das der Zeitpunkt des Übergangs von der

Grundschule zum gegliederten System. Die Vergleichsarbeit wird zum Hilfsmittel der Auslese. Für die Diagnosefunktion und Fördermaßnahmen ist es ja zu spät. In Berlin mit seiner sechsjährigen Grundschule gilt das nicht, und die Vergleichsarbeiten könnten einer gezielteren Förderung dienen.

Unpassend für Deutschlands Schulsystem

Das Instrument der Vergleichsarbeiten wurde international im Hinblick auf Schulsysteme entwickelt, die Gesamt- oder Einheitsschulen mit hohem Grad von Eigenverantwortung kennen und für die Kontrolle der Qualität einen Vergleichsmaßstab für Fach- und Methodenkompetenzen suchen, die in allen

Schulen in gleicher Weise angestrebt werden. Dies ist in Deutschland nicht der Fall: Im neuen Berliner Schulgesetz werden die unterschiedlichen Ansprüche für die Schularten des gegliederten Systems sogar explizit formuliert. Außerdem bestehen in den Schularten unterschiedliche Traditionen und Lernkulturen sowie eine unterschiedliche inhaltliche und materielle Ausstattung bis hin zu unterschiedlichen Studententafeln.

Vergleichsarbeiten sollen erklärmaßen eine Annäherung der Schularten bewirken. Wie dies zu vereinbaren ist mit der prononcierten gesetzlichen Trennung dieser Schularten und dem Abhängen eines Teils der Hauptschüler bleibt – auch nach der Fachtagung – das wohlbehütete Geheimnis der Senatsver-



waltung. Dies ist umso problematischer, als die geplante Serie von Vergleichsarbeiten in eine gemeinsame zentrale Prüfung zum Mittleren Schulabschluss am Ende der 10. Klasse führen soll. Kann dies ein fairer Vergleich sein? Werden die Aufgaben so ausgestaltet, dass sie mit den Erfahrungswelten aller Kinder und Jugendlichen kompatibel sind?

Nur begrenzt nutzbar

Dies führt zu einem grundsätzlichen Problem: Vergleichsarbeiten stellen nur ein, aber nicht das einzige Instrument zur Qualitätsentwicklung an Schulen dar, da sie nur den – im Vergleich zum

Gesamtspektrum der für den Lernprozess relevanten Kompetenzen – begrenzten Bereich der Methoden- und Fachkompetenzen erfassen können.

Sie bergen also die Gefahr, alle an Schulen zu vermittelnde Kompetenzen, die nicht durch sie messbar sind, als schulische Bildungsaufgabe zu entwerfen, aus der Schule zu verdrängen und den schulischen Lernprozess damit auf die kognitive Ebene zu begrenzen. Dagegen gehen alle reformpädagogischen Ansätze vom Leitbild eines ganzheitlichen Lernprozesses aus, der z.B. soziales Lernen einbezieht. Vergleichsarbeiten können auch die Entwicklung von alternativen Bewertungsmethoden behindern, die auf die Erfassung des individuellen Lernprozesses und nicht

nur der mit der Bezugsgruppe vergleichbaren Lernergebnisse zielen. Dies gilt besonders in Zeiten knapper Ressourcen. Stehen nicht einmal Entlastungsmöglichkeiten für Lehrkräfte zur Durchführung und Auswertung der Vergleichsarbeiten zur Verfügung, dann werden auch für die Entwicklung weiterführender pädagogischer Ansätze die Kräfte nicht reichen.

Vergleichsarbeiten sind damit ein wichtiges Feld der Auseinandersetzung mit der Senatsseite. Sie sind im neuen Schulgesetz verankert; aber um die Art ihrer Umsetzung und Auswertung in der Praxis muss von Schule zu Schule, von Schulkonferenz zu Schulkonferenz gerungen werden. ■

Schnellschuss Ganztagsgrundschule

Die Umsetzung der Ganztagsbetreuung soll im Eilverfahren erfolgen – und ohne ausreichende Ausstattung.

von Bärbel Jung, Referentin Jugendhilfe und Sozialarbeit

Der Senat von Berlin hat ein „Gesamtkonzept für die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern“ vorgelegt. Damit verbunden ist die Verlagerung von Hortplätzen der Kindertagesstätten (Jugendhilfe) in die Schulen (Bildung). Anfang Mai hat die GEW BERLIN dazu eine Veranstaltung durchgeführt, die zeigte, wie sehr das Thema den KollegInnen unter den Nägeln brennt: Knapp 400 PädagogInnen aus Kita und Schule und auch Eltern kamen, um gemeinsam mit der GEW und den eingeladenen ReferentInnen Prof. Dr. Jörg Ramseger (FU), Eva Kaiser (Kitaleiterin), Inge Hirschmann (Schulleiterin) und dem zuständigen Staatssekretär Thomas Härtel zu diskutieren.

Die GEW BERLIN begrüßt grundsätzlich die Einrichtung gebundener Ganztagsgrundschulen, weil sie die Chance bieten, die Lebens- und Lernbedingungen von Kindern erheblich zu verbessern. Die gebundene Ganztagsgrundschule hat allerdings ein anderes Lernmodell als die herkömmliche Halbtagsgrundschule, was sich auch in der räumlichen und personellen Ausstattung niederschlagen muss. Bleibt hier alles unverändert, wird lediglich die reformbedürftige Halbtagsgrundschule auf den ganzen Tag ausgedehnt.

Außerdem können nicht alle, die dies wünschen, einen Ganztagsplatz in einer Grundschule bekommen. Denn es sollen lediglich 35 gebundene Ganztagsgrundschulen eingerichtet werden mit rund 11.700 Plätzen. Alle anderen der insgesamt 415 Grundschulen werden nur verlässliche Halbtagsgrundschule (VHG), ein Teil davon soll allerdings mit offenem Ganztagsbetrieb (OGB) arbeiten. Hinzu kommen die schon bestehenden Nachmittagsangebote, die rund 30 Prozent der Grundschulen vor allen in den östlichen Bezirken anbieten.

Die Raumausstattung

Die vorgesehene Raumausstattung ist aus Sicht der GEW BERLIN völlig unzureichend. Die Schulen müssten für jede Klasse/ Gruppe einen eigenen Klassenraum und einen zusätzlichen eigenen Gruppenraum für den Freizeitbereich haben sowie Fachräume, Sporträume, Speiseräume, Ruhe- und Kleingruppenräume und ausreichend Freiflächen für Spiel, Sport und Bewegung. Kinder verbringen in Ganztagsgrundschulen viele Stunden des Tages, und zwar zusammen mit 200, 300, 400 oder noch mehr anderen Kindern. Dieses intensive Zusammensein

kann für die Kinder ein hoher Stressfaktor werden. Die Kinder brauchen deshalb auch Ruheräume. Und nicht zuletzt benötigen die PädagogInnen Räume zur Vorbereitung und Abstimmung ihrer Arbeit. Aber laut Raumprogramm des Senats werden die Raumkapazitäten der Schulen in der Regel nur wenig erweitert. Stattdessen sollen viele Räume doppelt genutzt werden.

Die Personalausstattung

Bei der personellen Ausstattung sieht es nicht besser aus: Ganztagsgrundschulen müssten außer Lehrerstellen auch Erzieherstellen mindestens in dem Umfang haben, wie derzeit die Horte in den Kindertagesstätten. Die Personalausstattung der Freizeitbereiche der Ganztagsgrundschulen ist aber noch nicht gesichert. So war den Aussagen von Staatssekretär Thomas Härtel trotz mehrfacher Nachfrage nicht zu entnehmen, ob außer der Grundausrüstung mit ErzieherInnen (eine Erzieherin für 22 Kinder) auch die in den Kindertagesstätten vorhandenen Stellen für Stütz-ErzieherInnen, für die Förderung von Kindern nicht deutscher Herkunftssprache und für die Förderung von Kindern, ►

die in ungünstigen sozialen Verhältnissen leben, sowie Leitungsfreistellungen vorgesehen sind.

Umsetzung mit vielen Fragezeichen

Viele der TeilnehmerInnen machten in ihren Redebeiträgen deutlich, dass es bisher nicht nur sehr viele ungeklärte Fragen gibt, sondern auch, dass weder die räumlichen noch die personellen Voraussetzungen gegeben sind, um pädagogisch sinnvolle Ganztagschulen aufzubauen. Kritisiert wurde auch der zum Teil sehr chaotisch verlaufende Umsetzungsprozess: kaum erkennbare Planung, aber hohes Tempo und Zeitdruck. Zum Teil wissen die Schulen noch nicht, mit welchem (ErzieherInnen-) Personal sie rechnen können. Völlig offen ist auch, wie und nach welchen Kriterien die Versetzungen der 1.800 ErzieherInnen aus den Kitas an die Schulen erfolgt. Darüber hinaus gibt es keine Planungen, die gewährleisten, dass das Hortangebot der Kindertagesstätten im Umfang von 35.000 Plätzen in den Schulen erhalten bleibt: Wie sollen diese 35.000 Plätze der Jugendhilfe ankommen? Und zwar so, dass sie im jeweiligen Sozialraum erhalten bleiben.

Die GEW BERLIN befürchtet, dass eine neue Generation von Lückekindern entstehen wird: Angebote für Kinder bis einschließlich der 6. Klasse wird es künftig nur noch an den gebundenen 35 Ganztagsgrundschulen geben. Der offene Ganztagsbetrieb soll Angebote nur für Kinder bis zur 4. Klasse bieten. Damit gelten für Fünft- und Sechstklässler nicht mehr die Regelungen des Kitagesetzes, die Hortangebote für Kinder im Grundschulalter vorsehen.

Schritt für Schritt

Die GEW BERLIN fordert den Senat auf, die 35 gebundenen Ganztagsgrundschulen räumlich und personell so auszustatten, dass sinnvolle pädagogische Arbeit möglich wird. Doppelnutzung der Räume schließt das aus. Die in den Kindertagesstätten vorhandene personelle Ausstattung muss vollständig und zeitnah in den Schulen ankommen. Die GEW BERLIN fordert den Senat auf, das Tempo aus dem Umstrukturierungsprozess zu nehmen. Die gebundenen Ganztagschulen sollten deshalb schrittweise eingeführt werden. Und um quantitative und qualitative Verschlechterungen zu verhindern, sollten für den Übergangszeitraum die Angebote der Jugendhilfe bestehen bleiben. ■

Hilfe! Unsere Schule verdreckt!

Bei der Reinigung von Schulgebäuden sollte mindestens die DIN-Norm eingehalten werden.

von Manfred Triebe, Gesamtpersonalrat



Einladend: Örtchen an einer Berliner Schule.

FOTO: NICO SCHMIDT

Das eine Treptower Grundschule ihre 700 SchülerInnen wegen verdreckter Toiletten Ende Februar 2004 wieder nach Hause schickte, fand in der Berliner Presse ein großes Echo. Dabei ist dieses Problem schon länger bekannt: Schon vor vier Jahren kritisierte Prof. Dr. Henning Rüden von der Freien Universität Berlin nach der Untersuchung von verschiedenen Berliner Schulen den hygienischen Zustand der Gebäude. Die Reinigungsergebnisse beurteilte er als schlecht bis katastrophal. Die Vergabe der Reinigungsarbeiten an Fremdfirmen verbunden mit immer stärkeren Kürzungen hat dieses Problem weiter verschärft. Immer mehr Schulen beschwerten sich über die unzureichende bis mangelhafte Reinigung ihrer Räume.

Grundsätze für Reinigung von Schulgebäuden

Oft ist unklar, welche Reinigungsleistung man einfordern kann. Eine Hilfe bietet dabei die DIN-Norm 77 400: „Rei-

nigungsdienstleistungen Schulgebäude – Anforderungen an die Reinigung“. Dort sind Raumgruppen (z.B. Werkräume oder Lehrküchen), Raumkomponenten (z.B. Inventar, Wände und Decken), Verschmutzungsarten (z.B. haftende und nicht haftende Verschmutzung) definiert und Anforderungen an eine vertragsgemäße, umweltbewusste und hygienische Reinigung von Schulgebäuden festgelegt. Die DIN gilt für die Reinigung durch eigene Kräfte (seltener Fall) und für Dienstleister (Regelfall).

Als Grundsätze für die Reinigung sind dort festgelegt:

- Die Reinigung hat entsprechend den örtlichen Gegebenheiten und den zu reinigenden Gegenständen stattzufinden.
- Die zur Reinigung einzusetzenden Geräte und Maschinen sind in einem einwandfreien technischen und optisch sauberen Zustand einzusetzen.
- Der Stand der Technik unter Berücksichtigung umweltorientierter Gesichtspunkte ist zu gewährleisten.

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ...

KLASSE REISEN GmbH
 Württembergallee 2 • 14052 Berlin
 Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
 www.klasse-reisen.com

Katalog unter:
 030-303083-6

Last Minute 4x in Berlin

www.passat-reisen.de
 Tel.: 695-8210 • Faxabruf: 695-82230

Tausende Flüge und Pauschalreisen
 Dazu exklusiv bei uns und täglich neu:
 8-seitige Liste mit Last-Minute Highlights.

Darlehen supereünstig ¹⁾ nominal **2,50%** ab **2,90%** effektiver Jahreszins
Hypotheken- & Beamtdarlehensdiscounter

Beamtdarlehen supereünstig: z. B. Beamte u. L. oder verwandte Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Laufzeit bei 20200 – 4. Std. 133 – 4. Std. 67020 – 4. Std. 938 – 4. Std. 22000 bei 200- und Lebensversicher. Pauschal-Fremdversicherungsbeitrag Laufzeit ab nominal 2,75% effektiver Jahreszins ab 2.80%, 8. 12 Jahre. Sparringsperiode auch zu 10. 20 Jahre und 25 Jahre. Kürzere Laufzeit bei Darlehensrückzahlung. 2) Einmalzahlung nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins ab Zuteilung mit neuer Baufinanzierung. Supereünstige Anschlusskreditlinie. Beleihung bis 100% plus Zins. Schuldfrei. Einmalzahlung bis 100 000,- € mit Übergangsversicherung. Vollversicherung der Eigenheimzulage. Gute Angebote an Allgemein-Konting. D. Sparweise. Bei vollkumuliert mit 100% Abfindung ab 1000,- € eine eigene Einzahlung. Regelmäßige Lebensrenten, Dividenden an A und B und Aktien an (offizieller Dienst).

Jetzt Wie jetzt Ihre weiteren. Mehr Wunsch... € **Info und Sofortangebote**
 Name: **Bismarck Vermittlungskonten** unter Servicenummer
 Straße: **Beratungskonten mit über 30-jähriger Erfahrung** **0800/1000 500**
 Ort: **Internet: www.ak-finanz.de** **Zum Nulltarif!**

Darlehensanbieter für öffentlich. Unternehmen und Beamte, wir arbeiten für die aussergewöhnlichen Möglichkeiten aus.

AK-Finanz Kapitalvermittlung-GmbH, Bismarckstr. 05, 87009 Ludwigshafen,
 Faxabruf: (06 21) 62 86 05, Telefax: (06 21) 51 94 85, www.ak-finanz.de
 Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
 Gruppenreisen
 Klassenfahrten
 Firmenservice
 Transfers



Grenzenlos Reisen
 Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
 Fon: 0 30-43 00 48 0
 Fax: 0 30-43 00 48 79

Propolis BAUGESellschaft MBH

ZIMMEREI
 Treppen • Zellen • Altbau
 Renovierungsarbeiten

MAUREREI
 Foto- u. Strukturieren
 Giebelwände • Fensterrand
 Balken, Gitter, Stützenbau

INNENAUSBAU
 Holzarbeiten
 Stiegenbauarbeiten
 Schallispritzarbeiten

INGENIEURBURO
 Stahl- u. Stahlgitter • Holzbauarbeiten...

Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
 Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

Propolis Farbenladen 615 24 64
 Mo.-Fr. 10-10 Uhr

BÄRENSTARK! DER NEUE KATALOG!

Ägypten: mit Kreuzfahrten auf Nil u. Nasser-See
 Kuba: Rhythmus, Rum, Rundreise u. Erholen
 Laos/Kambodscha: Tempel, Klöster u. Pagoden
 Libyen: zu eindrucksvollen Ruinenstätten
 Mexiko: mit 11 UNESCO-Weltkulturdenkmälern
 Sri Lanka: Königsstädte u. Nationalparks
 Südafrika: vom Krüger-NP. bis zur Gartenroute
 Thailands Süden: Nationalparks u. Inselstrände
 Außerdem: Nepal/Tibet, Iran, Italien, Zypern, Türkei

www.koegelreisen.de

Lothar Kögel 12207 Berlin Tel. 771 30 10
 Studienreisen Hartmannstraße 30 Fax 771 30 133

Reisen in den
Schulferien
2004/2005

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach	10-Tage-Busreise z.B. nach
Wien ÜF 192,- Euro	Südengland Ü 213,- Euro
Budapest ÜF 192,- Euro	Toskana Ü 202,- Euro
London ÜF 254,- Euro	Südfrankreich Ü 230,- Euro
Prag ÜF 199,- Euro	(Unterbringung in Selbstversorger- unterkünften)
Paris ÜF 224,- Euro	
Rom ÜF 238,- Euro	

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
 Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
 TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de



www.feriendorfhoherhain.de

z.B. Heidewache 2004 (Mo.-Fr.)

- Halbtagsfahrt Schloss Augustusburg
- Hallenbad oder Freibad • Grillen
- Disko • Sporthalle • Minigolf • Kegeln

alles incl. ab **79,- €** • Transferangebot
 neu! Freiplätze für jede Gruppe

Tel 0 37 22/6 32 90 Limbach-Oberfrohna

Unvergessliche Klassenreise auf Reiterhof i. d. Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden.
 Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Lagerfeuer, Nachtwanderung, Reithalle, Ausritte, Sauna, Platz für 34 Schüler/innen 2.-10. Klasse. Individuelle Betreuung. Video anfordern. VP incl. 5 Reitstd. Mo.-Fr. 135,- Euro.

Bienenbüttel
 Tel. 0 58 23/73 67
www.hofflust.de



Na, reflektiert?



Das ist ja schon mal sicher. Reflexion ist keine Frage des IQ: Wer frühzeitig besser gesehen wird, sieht im Straßenverkehr langfristig besser aus – so oder so!

Einlenken statt ausrasten

ADFC Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club

Informationen zu mehr Sicherheit für Radler gibt's beim ADFC unter www.adfc.de oder per Post gegen frankierten Rückumschlag: **ADFC Bundesverband** Stichwort „VSK“ Postfach 10 77 43 • 28077 Bremen.

15. Juni	18.00 Uhr	FG sozialpäd. Bildung	Raum 34
	19.00 Uhr	Abtl. Berufsbild. Schulen	Raum 33
16. Juni	10.00 Uhr	AG Senioren	Raum 33
17. Juni	14.00 Uhr	AG Altersversorgung	Raum 34
	18.00 Uhr	Kita-AG	Raum 33
	18.00 Uhr	Studierendenausschuss	Raum 34
	18.30 Uhr	Abtl. Wissenschaft	Raum 32
21. Juni	15.30 Uhr	AG Bildungsfinanzierung	Raum 33
	18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34
23. Juni	19.00 Uhr	Attac	Raum 47
24. Juni	00.00 Uhr	Beginn der Sommerferien	
	16.00 Uhr	WIP-Rat	Raum 34
	18.00 Uhr	Sommerfest Abtl. Wissenschaft	Garten
01. Juli	17.00 Uhr	Arbeitslosenausschuss	Raum 47
13. Juli	19.00 Uhr	FG Sozialpädagogik	Raum 47

WIE LERNPROZESSE IN DER FREMDE ENTSTEHEN

Buchpräsentation „Das Fremde als Chance“ von Ilse Schimpf-Herken/Ingrid Jung (Hrsg.)

Donnerstag 17. Juni um 19 Uhr

Lenau-Schule, Nostitzstraße 60 in Kreuzberg

Veranstaltet vom Kreuzberger Bildungsforum und Paulo Freire Institut

LANGE NACHT DER ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

Im Rahmen der Langen Nacht der Wissenschaften der FU am **Samstag 12. Juni**

bietet der Fachbereich Erziehungswissenschaften ein interessantes Programm mit zahlreichen Veranstaltungen zu pädagogischen Themen und Forschungen. Zum Beispiel rund um das Thema Grundschule und Grundbildung. Alle Veranstaltungen sind zu finden unter: http://fu-berlin.de/forschung/Programm_FU.pdf

PRIVATISIERUNG DER BILDUNG

Lehren auf Abruf? Lernen nach Marktlage?

Der Landesausschuss für Frauenpolitik lädt ein zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung am

Dienstag , 15. Juni um 17 Uhr

im DGB-Haus. Raum 40

Keithstr. 1-3 (U-Bhf. Wittenbergplatz)

Das Eingangsreferat hält Oliver Schöller vom Wissenschaftszentrum Berlin.

BILD DES MONATS

FOTO: MATHIAS THURM



Die letzten Proben für das große Sommerfest finden statt.

